

BEGLEITHEFT ZUM SPIEL

GRENZGÄNGER

Aus der DDR in den Westen



Inhalt

Grußworte	3
Grenzgänger	4
Glossar	7
Arbeitsblätter	11
Einfach mal ein Flugblatt drucken?	12
Punks in der DDR	15
Macht durch Angst?	22
Rätsel: Wer war der Spitzel?	27
Wehrerziehung - Erziehung für den Frieden?	29
George Orwell: 1984 - Kann Literatur gefährlich sein?	34
Die ständige Ausreise aus der DDR	38
Informationen für Lehrkräfte	43
Freikauf	44
Friedensgemeinschaft Jena	45
Der Fall Matthias Domaschk	47
Flucht	48
Ausreiseantragsteller	51
Das Notaufnahmeverfahren	53
Gestohlene Kinder?	55
Impressum	56

Grußworte

Mit dem digitalen Spiel „Grenzgänger – Aus der DDR in den Westen“ erweitern wir das Bildungsangebot des Lern- und Erinnerungsorts Notaufnahmelager Gießen um ein innovatives Format, das historische Bildung und digitale Medien verbindet. Das Spiel ermöglicht Jugendlichen, sich interaktiv und emotional mit den Themen Flucht und Neubeginn, Demokratie und Diktatur, Freiheit und Überwachung auseinanderzusetzen – Themen, die für das Verständnis der deutschen Nachkriegsgeschichte zentral sind.

Der historische Ort des ehemaligen Notaufnahmelagers Gießen steht wie kaum ein anderer für die Brüche und Hoffnungen der deutschen Teilungsgeschichte. Hier suchten zwischen 1949 und 1989 fast eine Million Menschen aus der DDR Zuflucht und einen Neuanfang im Westen. Heute machen wir diese Geschichte erlebbar – vor Ort in unserer Dauerausstellung, im digitalen Raum und im Dialog mit jungen Menschen.

Dieses Begleitheft zum Spiel ermöglicht es Ihnen, zentrale Inhalte passgenau, etwa in den Schulunterricht, in universitäre Lehrveranstaltungen oder die politische Bildungsarbeit, zu integrieren. Mein Dank für Konzeption und Umsetzung gilt unserer pädagogischen Leiterin Nicola Roether, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Mark Schiefer für die fachliche Beratung und die Hintergrundtexte sowie unseren Projektpartnern von der Berliner Agentur Playing History für die Gestaltung.

Ihnen danke ich, dass Sie das Spiel sowie dieses Begleitheft nutzen und damit dazu beitragen, Erinnerungskultur und historisch-politische Bildung lebendig und zukunftsorientiert zu gestalten.

Mit herzlichen Grüßen

PD Dr. Florian Greiner

Geschäftsführer der Lern- und Erinnerungsort
Notaufnahmelager Gießen gGmbH



Grenzgänger

Von der DDR in den Westen

Zwischen 1949 und 1989 verließen rund vier Millionen Menschen die DDR, um in der Bundesrepublik zu leben. Viele von ihnen durchliefen nach ihrer Ankunft das Notaufnahmeverfahren im Notaufnahmelager Gießen – unabhängig davon, ob sie geflohen waren, einen Ausreiseantrag gestellt hatten oder freigekauft worden waren.

Das **digitale Spiel „Grenzgänger“** macht diese unterschiedlichen Wege ebenso erfahrbar wie die individuellen Motive, Zwänge und Risiken, die mit ihnen verbunden waren.

Grundidee und Aufbau

„Grenzgänger“ ist ein narratives Entscheidungsspiel, das in drei Episoden gegliedert ist. Die Spielerinnen und Spieler begleiten drei fiktive Figuren aus Jena in den frühen 1980er Jahren, die aus unterschiedlichen Gründen in Konflikt mit dem Staat geraten. Die Episoden stehen jeweils für einen zentralen Schritt beim Weg aus der DDR in den Westen: Leben in der Diktatur und oppositionelles Engagement, Flucht über die Grenze sowie Neubeginn in der Bundesrepublik. Die Episoden bauen thematisch aufeinander auf, können aber auch unabhängig voneinander gespielt werden. Wiederkehrende Figuren und Motive verdeutlichen die Vernetzung individueller Lebenswege und machen zugleich die Vielfalt von Erfahrungen in der DDR sichtbar.

- **Episode 1** thematisiert oppositionelles Handeln und staatliche Überwachung in Jena im Jahr 1984. Die Spielenden erleben, wie eingeschränkt Handlungsspielräume sind, wie Misstrauen entsteht und welche Risiken selbst kleine Formen von Protest mit sich bringen können.
- **Episode 2** rückt das Thema Flucht in den Mittelpunkt. Planung, Geheimhaltung und Unsicherheit prägen den Spielverlauf. Die Spielenden müssen abwägen, welche Entscheidungen notwendig sind, um die eigenen Chancen zu wahren, ohne Verdacht zu erregen.
- **Episode 3** führt ins Notaufnahmelager Gießen und zeigt den Übergang in den Westen. Bürokratische Verfahren, Hoffnungen auf einen Neubeginn und die Offenheit der weiteren Zukunft stehen hier im Fokus. Das Spiel endet absichtlich ohne eindeutigen Ausgang und verdeutlicht damit die Offenheit historischer Situationen.


Die Grafik und die bunte Farbigkeit von „Grenzgänger“ sind bewusst gewählt: Sie brechen mit der Vorstellung einer durchgehend grauen DDR und machen sichtbar, dass es auch dort Zwischenräume, Widersprüche und persönliche Handlungsspielräume gab.


Spielmechanik

Das Spiel folgt dem Prinzip eines **Point-&-Click-Adventures**. Die Spielenden erkunden verschiedene Schauplätze, klicken Objekte an und interagieren mit anderen Figuren.

Diese können beobachtet , belauscht  oder aktiv angesprochen  werden.

Auf diese Weise erschließen sich Informationen, Hinweise und Handlungsmöglichkeiten, die für den weiteren Spielverlauf relevant sind.

Gegenstände werden in einer Tasche  gesammelt und situativ eingesetzt. Sie eröffnen neue Optionen, können aber auch Risiken mit sich bringen. Zentrale Entscheidungen betreffen etwa Vertrauen, Vorsicht oder Risikobereitschaft.

Ein wichtiges Spielelement ist das **Stresslevel** der Spielfigur . Repressive Erfahrungen, Bedrohungen oder belastende Situationen erhöhen den Stress, bestimmte Handlungen oder Gegenstände können ihn senken. Das Stressniveau beeinflusst **Zufallsentscheidungen**, die über Würfelmechaniken umgesetzt werden. So wird erfahrbar, dass Handeln in einer Diktatur nur wenig kontrollierbar und oft von Willkür geprägt ist. Ein Scheitern ist Teil des Spielkonzepts und eröffnet Raum für Reflexion.

Didaktischer Mehrwert

„Grenzgänger“ verbindet historisches Lernen mit politischer Bildung. Die Spielenden setzen sich mit zentralen Merkmalen der DDR auseinander, darunter Überwachung, Repression, eingeschränkte Freiheitsrechte und individuelle Anpassungs- oder Widerstandsstrategien. Gleichzeitig lernen sie das Notaufnahmelager Gießen als historischen Ort der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte kennen. Durch die aktive Perspektivübernahme fördert das Spiel Empathie, Multiperspektivität und ein Bewusstsein für die Offenheit historischer Prozesse. Entscheidungen sind nicht eindeutig richtig oder falsch, sondern müssen unter Druck und Unsicherheit getroffen werden. Über die historische Ebene hinaus sensibilisiert „Grenzgänger“ für den Wert demokratischer Grundrechte und regt zur Reflexion über Freiheit, Verantwortung und Zivilcourage an – auch mit Blick auf die Gegenwart.

Hinweise zum Einsatz des Spiels im Unterricht

Das Spiel kann kostenlos im Unterricht eingesetzt werden. Es ist für die Nutzung auf schulischen wie privaten Tablets und Desktop-Geräten optimiert. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, um das Spiel zu spielen. Es richtet sich primär an Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 9.

Das Spiel besteht aus drei Episoden, die inhaltlich aufeinander aufbauen, aber dennoch unabhängig voneinander gespielt werden können. Die Spielzeit pro Episode beträgt, abhängig von den spielerischen Vorerfahrungen der Schülerinnen und Schüler, zwischen 30 und 40 Minuten.

Materialien zur Unterrichtsbegleitung

In dieser Handreichung stellen wir Ihnen ergänzende Materialien zur Verfügung, aus denen Sie je nach Lerngruppe und Unterrichtsziel auswählen können.

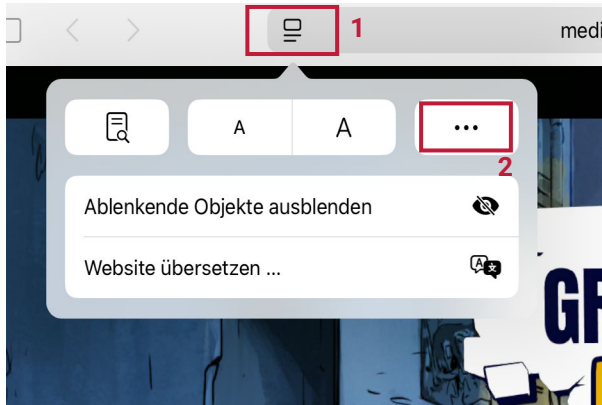
Das **Glossar** kann sowohl begleitend zum Spielen als auch bei der Arbeit mit den **Arbeitsblättern** eingesetzt werden. Es ist alphabetisch sortiert und nicht nach Episoden gegliedert, weil bestimmte Begriffe in mehreren Spielabschnitten vorkommen.

Die Arbeitsblätter unterscheiden sich hinsichtlich ihres Schwierigkeitsgrads sowie der voraussichtlichen Bearbeitungsdauer. Die folgende Übersicht soll Ihnen die Auswahl erleichtern:

Arbeitsblatt	Niveau	Dauer
Einfach mal ein Flugblatt drucken?	*	**
Punks in der DDR	**	***
Macht durch Angst	***	***
Kreuzworträtsel „Wer war der Spitzel?“	**	*
Wehrerziehung - Erziehung für den Frieden?	***	**
„1984“ – kann Literatur gefährlich sein?	**	**
Die ständige Ausreise aus der DDR	**	**

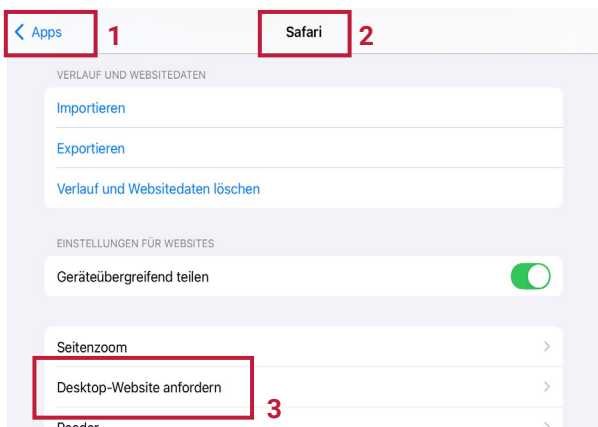
Mit den „Informationen für Lehrkräfte“ möchten wir Ihnen kompakt fachwissenschaftliche Vertiefungen an die Hand geben, die Sie bei der Vor- oder Nachbereitung des Unterrichts unterstützen.

In **technischer Hinsicht** ist zu beachten, dass bei Tablets oder Ipad's ggf. die „Mobile Website“ angefordert werden muss.



Anfordern über die Adresszeile

Dazu im Browser (Beispiel: Safari) links in der Adresszeile auf das Symbol klicken, das Icon mit drei Punkten auswählen und dort „Mobile Website anfordern“ klicken.



Anfordern über die Geräteeinstellungen

Alternativ kann man auch die Geräteeinstellungen öffnen, unter den „Apps“ den genutzten Browser (als Beispiel: Safari) auswählen und unter dessen „Einstellungen für Websites“ dann „Desktop-Website anfordern“ auswählen und schließlich sicherstellen, dass der Toggle / Regler auf „aus“ steht bzw. grau ist.

Sollte bei der Anwendung von „Grenzgänger“ im Browser ein unerwartetes Problem auftreten, kann es sein, dass eine veraltete Version des Spiels auf dem Gerät im Cache gespeichert ist. In dem Fall sollten Sie in den Einstellungen von Firefox, Safari, Chrome, etc. zunächst den „Cache leeren“ oder auch die „Daten löschen“.

Das Spiel kann unter folgender URL und QR-Code geöffnet werden:

<https://lp.nal-giessen.de/grenzgaenger>



Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und wünschen viel Freude beim Spielen von **Grenzgänger!**

Nicola Roether
Pädagogische Leitung

Glossar

A

AUFNÄHER „SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN“

„Schwerter zu Pflugscharen“ ist ein Teilsatz aus der Bibel. In den 1970er und 1980er Jahren wurde es zum Symbol der Friedensbewegung in der DDR, insbesondere in Bezug auf militärische Abrüstung.

AUSREISEANTRAG

Menschen, die legal aus der DDR ausreisen wollten, zum Beispiel, um in die Bundesrepublik Deutschland auszuwandern, mussten einen Ausreiseantrag stellen. Mit dem Ausreiseantrag gab der Bürger bekannt, dass er dauerhaft außerhalb der DDR leben wollte.

B

BLUESER

Als „Blueser“ bezeichneten sich in der DDR Fans der Musikrichtung Blues. Sie hatten oft eine → Hirschtasche dabei und waren oft auch an ihrer wenig formellen Kleidung und an tendenziell langhaarigen Frisuren erkennbar.

BOB DYLAN

Bob Dylan (geb. 1941) war ein US-amerikanischer Sänger und gilt als einer der

einflussreichsten Musiker des 20. Jahrhunderts.

BRATBEMME

Eine Scheibe Brot mit Butter sowie Zimt und Zucker, die in einer Pfanne angebraten wird.

BUCHTITEL „1984“

1984 ist ein dystopischer Roman des englischen Autors George Orwell. Darin beschreibt er einen fiktiven totalitären Überwachungsstaat im Jahr 1984.

D

DEAD KENNEDYS

Dead Kennedys war eine US-amerikanische Punk-Band, die 1978 gegründet wurde. Sie war bekannt für ihre politischen und auch provozierenden Texte, mit denen sie häufig aneckte. Gerade in ihren ersten Jahren von 1978 bis 1986 lösten die Texte deshalb immer wieder Kontroversen aus.

DENUNZIEREN

Eine Denunziation ist eine unrichtige und gemeine Beschuldigung. Eine klassische Form der Denunziation ist, eine Person

fälschlicherweise bei der Polizei anzuzeigen. Die Person, die denunziert, tut dies absichtlich und um jemand anderem zu schaden.

DOMASCHK, MATTHIAS

Matthias Domaschk war ein Vertreter der Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Er wurde am 10. April 1981 im Alter von 23 Jahren verhaftet und verstarb zwei Tage später in einer MfS-Untersuchungshaftanstalt. Bis heute ist sein Tod nicht restlos aufgeklärt. Offiziell heißt es, Domaschk habe Suizid begangen, dies wird jedoch von Angehörigen und Freunden stark bezweifelt.



F

FRIEDENSGEMEINSCHAFT

Die Friedensgemeinschaft Jena war eine der ersten größeren Oppositionsgruppen in der DDR. Sie sprach sich für Abrüstung und gegen eine Einbeziehung von Frauen in den Wehrdienst aus.

G

GENOSSE

Genosse bezeichnet jemanden, mit dem man eine gemeinsame Erfahrung teilt. In der DDR wurden z.B.

SED-Parteimitglieder so angesprochen.

H

HIRSCHTASCHE

Auch Hirschbeutel genannt; eine z.B. aus einem Kissenbezug selbst genähte Tasche, die --> Blueser mitnahmen.

HONECKER, ERICH

Erich Honecker (Jg. 1912) war ein kommunistischer Politiker. Er wurde 1971 Nachfolger von Walter Ulbricht als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und übernahm den Vorsitz des Staatsrats. Er vereinte die beiden wichtigsten Ämter in Partei und Staat und war dadurch der mächtigste Mann in der DDR. Im Oktober 1989 wurde er gestürzt.

KOLLEKTIV

In der DDR sprach man in der Schule nicht von einer „Klassengemeinschaft“, sondern vom „Klassenkollektiv“ und bei der Arbeit nicht vom „Team“, sondern vom „Kollektiv“. Mit dem Arbeitskollektiv verbrachte man auch viel Freizeit: Gemeinsam arbeiten, gemeinsam leben.

KOMMUNISMUS / KOMMUNISTISCH

Der Kommunismus ist eine politische Bewegung, die die bürgerlich-kapitalistische Ordnung überwinden und eine herrschaftsfreie, klassenlose Gesellschaft errichten will. Sie beruft sich auf Lehren von Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir I. Lenin. Kommunistische Parteien lehnen die parlamentarische Demokratie ab und streben eine Parteidiktatur an.

N

NVA

Die Nationale Volksarmee (NVA) war die Armee in der DDR.

K

KASSETTE

Eine Kasette ist ein rechteckiger Tonträger mit einem Tonband. Von den 1970er bis in die 1990er Jahre war die Kasette das meistgenutzte Audio-Medium, bis sie schließlich von der CD abgelöst wurde.



P

PENTACON SIX KAMERAS

Kameras dieser Art wurden u.a. im Rahmen der Haftzwangsarbeit im Gefängnis in Cottbus hergestellt. Manche pol. Häftlinge bastelten sich aus Schrauben eine „Gießen-Sonne“ als Zeichen der Hoffnung auf den Freikauf.

PM-12

PM-12 ist die Bezeichnung für den vorläufigen Personalausweis in der DDR. Die Betroffenen mussten sich regelmäßig bei der Polizei melden und konnten dadurch leichter überwacht werden.

S

SABOTAGE

Die bewusste Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Einrichtungen durch beispielsweise Störung des Arbeitsablaufs oder Beschädigung und Zerstörung von Anlagen, Maschinen.

SCHLEIMKEIM

DDR-Punk-Band aus der Nähe von Erfurt, 1980 gegründet.

SCHLUSSAKTE KSZE

Die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) war ein bedeutendes Forum, um die Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu fördern. Die KSZE-Schlussakte, die 1975 in Helsinki (auch von der DDR) unterzeichnet wurde, umfasst Themen wie Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte und kulturellen Austausch.

SED

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) war die größte und mächtigste Partei in der DDR. Sie bestimmte Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur in allen Bereichen. Jeder sollte sich ihren Grundsätzen anschließen. Wer dies nicht tat, wurde überwacht, verfolgt oder eingesperrt.

**SOZIALISMUS/
SOZIALISTISCH**

Der Sozialismus ist eine politische Idee, die Gleichheit und Gerechtigkeit verspricht. Ihr Anliegen ist es in der Theorie, Armut und Ausbeutung von Arbeitern zu überwinden. Doch in der sozialistischen Diktatur der DDR gab es in der Praxis

Kontrolle statt Freiheit: Kritik wurde verboten, Andersdenkende verfolgt.

**STUDIENFACH
GESELLSCHAFTS-
WISSENSCHAFTEN**

In der DDR wurde der Begriff „Politikwissenschaft“ nicht verwendet, stattdessen sprach man von Gesellschaftswissenschaften. Darunter wurde außerdem die ideologische Schulung als Teil jedes Fachstudiums verstanden.

SYSTEMFEINDE

SED und Stasi betrachteten Menschen, die mit den Zielen des Staates nicht (vollständig) übereinstimmten, als Systemfeinde und verfolgte diese.



T

THE DOORS

The Doors war eine US-amerikanische Rockband der 1960er Jahre. Sie gehörte zu den einflussreichsten Bands ihrer Zeit.

Die Zeile „They got the guns, but we got the numbers.“ gehört zum Doors-Song „Five to one“ aus dem Jahr 1968 und kann als gegen die Regierung gerichtet verstanden werden.

U

URST

Urst war ein Jugendwort in der DDR und bedeutet so viel wie „sehr“, „super“ oder „großartig“.

V

VATERLÄNDISCHER VERDIENSTORDEN

Der Vaterländische Verdienstorden war eine staatliche Auszeichnung der DDR. Verliehen wurde er an Personen oder Institutionen, die nach Meinung der DDR-Führung bedeutende Leistungen in verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erbracht hatten.

VEB

Volkseigener Betrieb. In der DDR waren Firmen und Betriebe in der Regel nicht in Privatbesitz, sondern in staatlichem Besitz. Sie waren organisiert als Volkseigene Betriebe.

VERTRAGSARBEITER

Vertragsarbeiter waren Arbeitskräfte aus sogenannten „Bruderstaaten“ der DDR (z.B. Kuba, Mosambik, Vietnam). Sie kamen für einen befristeten Zeitraum zum Arbeiten in die DDR. Üblicherweise wurden sie nicht oder nur sehr wenig in die Gesellschaft integriert; Liebesbeziehungen zwischen Vertragsarbeitern und Bürgerinnen oder Bürgern der DDR wurden nicht gerne gesehen.

W

WALKMAN

Der Walkman ist ursprünglich eine Marke der Firma Sony für einen tragbaren Kassettenrekorder mit Kopfhörern. Walkmans waren besonders unter jungen Menschen beliebt, weshalb Walkman auch als Bezeichnung für Geräte anderer Marken verwendet wird.

WEHRDIENST

Wehrdienst ist die Ausübung des Dienstes in den Streitkräften eines Landes. Dieser wird aufgrund einer Wehrpflicht oder einer freiwilligen Verpflichtung geleistet.

WEHRKUNDEUNTERRICHT

Wehrkundeunterricht war zwischen 1978 und 1989 ein verpflichtendes Unterrichtsfach in der 9. und 10. Klasse. Der Unterricht sollte die Jugend auf den Wehrdienst vorbereiten.



Arbeitsblätter





Einfach mal ein Flugblatt drucken?

Steckbrief

Episode	1
Dauer	** (mittel)
Schwierigkeitsgrad	* (einfach)
Sozialform	Einzelarbeit, Plenum
Methoden	Einzelarbeit, Diskussion/Unterrichtsgespräch
Material	Kopien des Arbeitsblatts (S. 13-14), weiße Blätter
Kompetenzbereiche	Orientierungskompetenz, Wahrnehmungskompetenz
Besonderheit	Kreative Aufgabe

Verlaufsplanung

- 1 Einstieg** Bild der Druckmaschine beschreiben lassen. **Hinweis der Lehrkraft für die SuS:** Assel und Rico könnten ein solches Gerät benutzt haben.
- 2 Erarbeitungsphase A** In Einzelarbeit bearbeiten die SuS die Aufgaben A) und B).
- 3 Auswertungsphase A** Bei Bedarf Aufgabe A) gemeinsam vergleichen. Diskussion der Aufgabe B) im Plenum.
- 4 Erarbeitungsphase B** In Einzel- oder Partnerarbeit erstellen die SuS ein eigenes Flugblatt zu einem Thema ihrer Wahl.
- 5 Auswertungsphase B** Die Flugblätter werden in einem Gallery Walk ausgestellt und gewürdigt.
- 6 Abschluss** Die Lerngruppe kann ggf. drei besonders gelungene Flugblätter auszeichnen.



Einfach mal ein Flugblatt drucken?

Im Spiel sagt Assel: „Jetzt nur noch kopieren und verteilen“ und „Rico ist auch schon da; das Kopieren ging wohl schnell.“ Bei Assel hört sich das an, als ob das ganz einfach gewesen sei, in der DDR Texte zu kopieren. Das war es aber nicht!

Copyshops gab es in der DDR nicht. Eine offizielle Druckgenehmigung wurde für ein Flugblatt natürlich nicht erteilt. Also – welche Möglichkeiten gab es?

In Kirchengemeinden gab es Kopier- oder Druckgeräte. Allerdings durften hier nur solche Sachen gedruckt werden, die für die Arbeit der Kirchen benötigt wurden. In einigen Kirchengemeinden wurde es aber geduldet, dass Gruppen von Oppositionellen Flugblätter oder ähnliche Texte auf den Geräten druckten oder kopierten. Dies musste aber heimlich, also beispielsweise nachts, geschehen. Ein paar wenige Gruppen von Oppositionellen hatten eigene Matrizendrucker (vgl. Bild).

Um ein Druck- oder Kopiergerät nutzen zu können, brauchte man auch Papier und Druckerfarbe – ein weiteres Problem, das in der Vorbereitung zu lösen war. Sich den richtigen Text auszudenken, war natürlich auch ein wichtiger Schritt. Waren die Flugblätter erfolgreich gedruckt, mussten sie verteilt werden. Um das Risiko zu verringern, ging man hier oft arbeitsteilig vor: Während ein paar Beteiligte die Drucke bzw. Kopien anfertigten, verteilten andere die Flugblätter. Wer verteilte, wusste lieber nicht, wer gedruckt hatte und wo der Druck erfolgt war – und



Jetzt nur noch kopieren und verteilen!

umgekehrt. Denn so konnte man keine Namen nennen, wenn man beim Verteilen verhaftet wurde.

Verteilt wurde überwiegend nachts, im Schutz der Dunkelheit. Flugblätter wurden in Briefkästen geworfen oder an Wände geklebt. Juristisch konnten solche Flugblätter als „Öffentliche Herabwürdigung“ (§ 220 des Strafgesetzbuches der DDR) oder als „Staatsfeindliche Hetze“ (§ 106) verstanden werden. Das Strafgesetzbuch sah dafür hohe Strafen vor: für die „öffentliche Herabwürdigung“ bis zu drei Jahren Haft, bei „staatsfeindlicher Hetze“ sogar zwei bis zehn Jahre Haft.

Bild: Foto einer Druckmaschine Ormig; Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmehager Gießen



Aufgabe

A) Lies die Informationen und kreuze an, ob die Aussagen stimmen. Berichtige falsche Behauptungen.

	Wahr	Falsch
1. Wer in der DDR ein Flugblatt herstellen wollte, musste sehr vorsichtig sein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Ausreichend Papier und Druckerfarbe zu beschaffen, war ein Kinderspiel.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Damit möglichst wenig Menschen durch ein Flugblatt in Gefahr gerieten, druckten und verteilten stets dieselben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Das Drucken und Verteilen von Flugblättern war in der DDR durch Meinungs- und Pressefreiheit möglich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Aufgabe

B) Nimm Stellung zu der These, Assel und Rico seien eigentlich selbst schuld, dass sie verhaftet wurden, weil sie so leichtsinnig vorgehen.

.....

.....

.....

Aufgabe

C) Sei kreativ und gestalte dein eigenes Flugblatt!

Überlege Dir, was Du an Deiner Schule / Deinem Wohnort / Deinem Land gerne ändern möchtest, und verfasse dafür einen „fetzigen Spruch“, wie Rico sagen würde. Gestalte Dein Flugblatt so, dass es auffällt und man auf Deine Idee aufmerksam wird.

Ihr könnt Eure Flugblätter im Klassenzimmer aufhängen und sie Euch gegenseitig in einem Gallery Walk vorstellen.



Meine Güte. Assel.
Gänsehaut!



Punks in der DDR

Kann Musik politisch sein?

Steckbrief

Episode	1
Dauer	*** (lang)
Schwierigkeitsgrad	** (mittel)
Sozialform	Einzel-, Partnerarbeit, Plenum
Methoden	Einzelarbeit, Diskussion / Unterrichtsgespräch
Material	Kopien des Arbeitsblatts (S. 16-21), Internetzugang, ggf. Kopfhörer für SuS
Kompetenzbereiche	Analysekompetenz, Orientierungskompetenz
Besonderheit	Nutzung einer Videoquelle

Verlaufsplanung

- 1 Einstieg** Die SuS notieren in Einzelarbeit Stichworte zum Begriff „Punk“.
- 2 Erarbeitungsphase** Die SuS bearbeiten in Einzel- oder Partnerarbeit die verschiedenen Aufgaben des Arbeitsblatts.
- 3 Auswertungsphase** Je nach Bedarf können einzelne Aufgaben im Plenum besprochen werden.
- 4 Abschluss** Diskussion im Plenum über die Frage, in welchem Maße Punk in der DDR politisch war und inwiefern es auch heute noch politische Stilrichtungen in der Musik gibt.



Punks in der DDR

Kann Musik politisch sein?

Aufgabe

1) Was ist – Deiner Ansicht nach – typisch für Punks?
Notiere ungefähr acht Begriffe:

.....

.....

.....

.....

Aufgabe

2) Welche der genannten Gruppierungen (Ted's, Tramper/Penner/Blueser, Skin's, Heavy's, Gruftie's, Punk's, New Romantic's, Popper) kennst Du heute noch? (Material 1A)

.....

.....

.....

Aufgabe

3) Stelle Vermutungen an, zu welchem Zweck diese Übersicht erstellt wurde. (Material 1A)

.....

.....

.....

Aufgabe

4) Lies den Text über die Punks und zeige anhand von mindestens drei Textbeispielen, dass die Stasi in den Punks gefährliche Menschen / Staatsfeinde sah. (Material 1B)

.....

.....

.....

.....



Aufgabe

5) *Vergleiche die Einschätzung der Stasi mit Deinen eigenen Stichworten. Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es? (Zu Material 1A und 1B)*

.....

.....

Aufgabe

6) *Beschreibe das Foto und überlege, welche Elemente den Zorn der Mächtigen in der DDR hervorgerufen haben könnten. (Zu Material 2)*

.....

.....

Aufgabe

7) *Sieh die kurze Dokumentation an und arbeite heraus, wie die Stasi mit dem porträtierten Michael Boehlke bzw. allgemeiner mit Punks umging. (Zu Material 3)*

.....

.....

Aufgabe

8) *Lies das Interview und arbeite heraus, welche Ziele die Punks verfolgten, und stelle diese der Einschätzung der Stasi gegenüber. (Zu Material 4)*

.....

.....

Aufgabe

8) *Nimm Stellung zu der Behauptung von Geralf Pochop, dass Punk als Musik nur wegen der harten Unterdrückung durch den Staat politisch wurde. (Zu Material 3 und 4)*

.....

.....



Material

1A) „Übersicht über Erscheinungsformen negativ-dekadenter Jugendlicher in der DDR“ (1/2)

In den 1980er Jahren erstellte ein namentlich nicht bekannter Mitarbeiter der Stasi diese Übersicht über Gruppen von Jugendlichen. Grundlage waren dabei Berichte von Inoffiziellen Mitarbeitern.

Übersicht über Erscheinungsformen nega

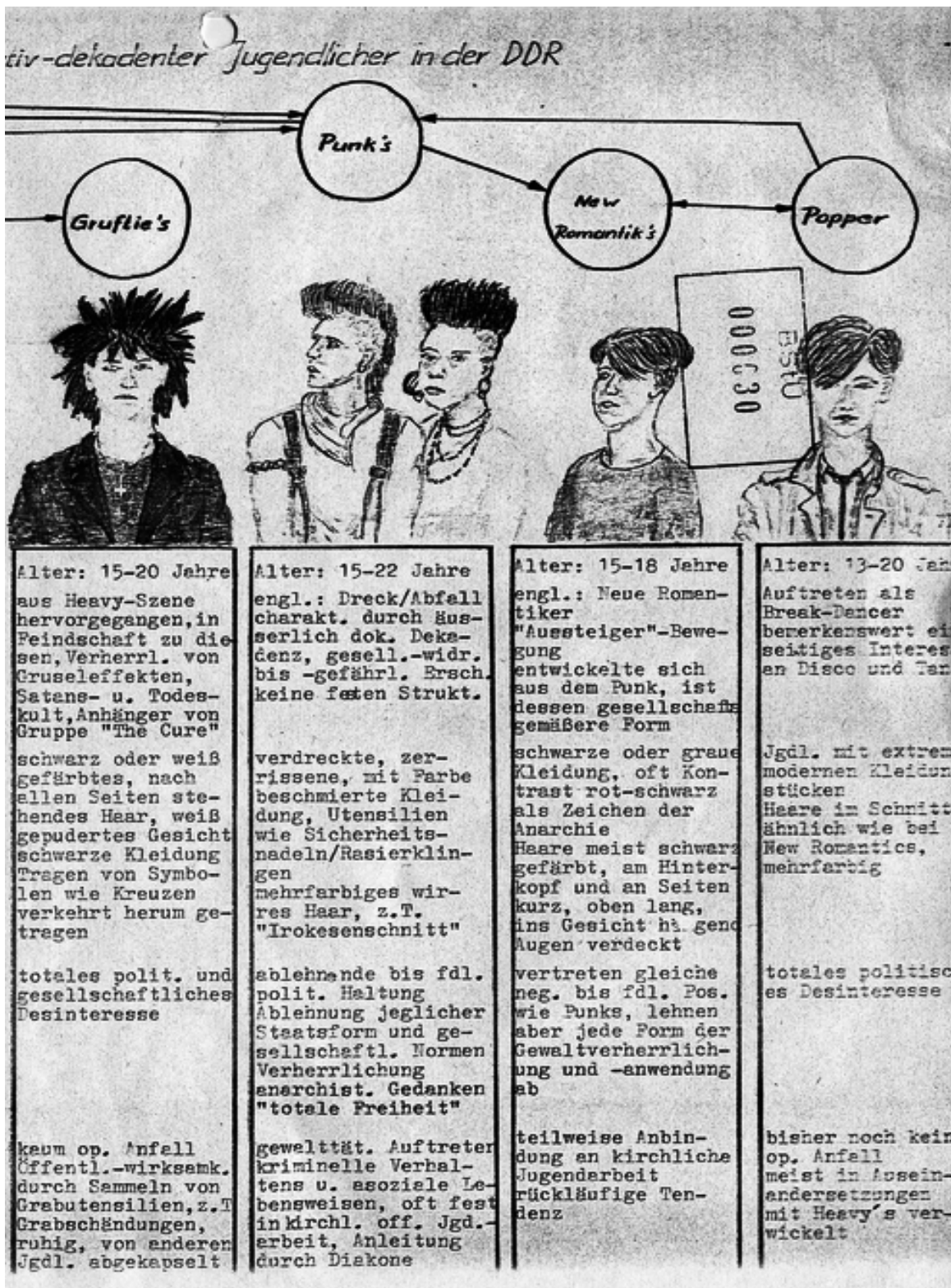
<p>Alter: 15-30 Jahre ablenmäßig sehr kleine Gruppierung anatische Anhänger des Rock'n'Roll der 50er Jahre meist in entspr. anclubs organis.</p> <p>ekleidung im Stil der 50er Jahre: Ohrenjeans, spitz chuhe Haare im Stil der 50er-Zeit (Elvis- locke, "Ente")</p> <p>olitisches Desin- eresse</p> <p>aum op. in Ersch. etreten, Aktivi- täten meist zu eb. u. Todestagen on verehrten rockidolen</p>	<p>Alter: 20-30 Jahre klassische Erschei- nung der neg.-dek. Jugend der 70er Jahre Blues-Fans Teilnahme an trad. Veranstaltungen</p> <p>lange Haare, Jeans Parka, Trumper, "Jesuslatschen" Bärte, z.T. mod. Beiwerk ähnl. der Hippies</p> <p>an keine konkrete politische Haltung gebunden</p> <p>treten durch Org. von überörtlichen Treffen in Ersch. keine feste Anbin- dung an kirch. Arb. kaum Zunahme</p>	<p>Alter: 15-22 Jahre engl.: Kopfhaut gesell.-gefährl. Ersch.-form neg.- dek. Jgdl. als Ein- zelpersonen oder in losen Gruppierungen keine festen Struk- turen</p> <p>äußeres Kennzeichen ist Glatze oder Bürstenschnitt, Bomberjacke, Röhren- jeans, hohe Arbeits- schuhe mit Nägeln und Eisen beschla- gen</p> <p>ablehnende, neg. bis fdl. pol.Haltg. z.T. neofaschist. Tendenzen, Gewalt- verherrlichung und -praktizierung, brutales Vorgehen</p> <p>krimin. gefährdet (Rowdytum, Körper- verletzung, Wider- stand gegen staatl. Maßnahmen z.T. in kirchl. offener Jgd.-arbeit</p>	<p>Alter: 15-25 Jahre Anhänger der sog. Heavy-Metal-Musik (extrem harter Rock)</p> <p>Ähnlichkeit mit westl. Rockern: schwarze Lederbe- kleidung, Leder- mütze, mit Niete besetzte Jacken u. Hosen, Tragen von schweren Ketten u.ä., normal bis halblanges Haar</p> <p>ursprünglich ab- lehrende Haltung zu Staat u. Gesell. zunehmend Integrie- rung in Org.-form- en der FDJ mit gesell.-gemäßen Verhaltensweisen</p> <p>ehem. aggr. Verh. z.T. neofasch.Ten- denzen nach westl. Vorbild, mit Ver- breitung der Hea- vy-Musik zunehmend gesell.-gemäßer</p>



Material

1B) „Übersicht über Erscheinungsformen negativ-dekadenter Jugendlicher in der DDR“ (2/2)

Um dir die Übersicht besser anschauen zu können, lege den linken Teil des Schaubilds auf S. 17 neben den rechten Teil auf dieser Seite.





Material

1B) Text zu den Punks

Alter: 15-22 Jahre

engl.: Dreck/Abfall charakt.[erisiert] durch äußerlich dok.[umentierte] Dekadenz¹, gesell.-widr.[iges] bis -gefährl.[iches] Ersch.[einungsbild]; keine feste Strukt.[uren]

verdreckte, zerrissene, mit Farbe beschmierte Kleidung, Utensilien wie Sicherheitsnadeln/Rasierklingen; mehrfarbiges wirres Haar, z.T. „Irokesenschnitt“.

ablehnende bis fdl.[iche] polit.[ische] Haltung; Ablehnung jeglicher Staatsform und gesellschaftl. Normen; Verherrlichung anarchist².[ischer] Gedanken „totale Freiheit“

gewalttät. Auftreten; kriminelle Verhaltens u. asoziale³ Lebensweisen, oft fest in kirchl.[icher] off. Jgd.-arbeit, Anleitung durch Diakone.



Material

2) Foto

Auf einem T-Shirt ist zu lesen
„Sich fügen heißt lügen“.



Foto von Achim Böttger



Material

3) Stasi und Punk



Punks in der DDR:
Pogo-Parties im Honecker-Regime | DER SPIEGEL

https://www.youtube.com/watch?v=AR4VWP_qcE



¹ Dekadenz = kultureller Niedergang; Verfall, Entartung.

² Anarchistisch, Anarchie = Abwesenheit von staatlicher Macht.

³ Asozial = abwertend verwendet: nicht innerhalb der Gemeinschaft lebend; die Gemeinschaft schädigendes Verhalten



Material

4) Aus einem Interview mit Geralf Pochop, der als Punk in der DDR lebte:

Wann ist Ihnen klar geworden, dass die Staatsmacht Ihre paar Hanseln¹ [gemeint sind die Punks als Gruppe] als besonders gefährlich einschätzt?

Geralf Pochop: Dass die Staatsmacht alle Jugendlichen, die irgendwie anders aussahen, als Bedrohung ansah, bekam ich schon [früh] mit. Udo Lindenberg [zu] hören galt als subversiv, lange Haare waren ein Grund für Ausweiskontrollen, und mein Schwerter zu Pflugscharen-Aufnäher² brachte mir und einem Freund eine Nacht mit massiver Prügel auf einem Volkspolizeirevier ein. Diese Schikanen steigerten sich allerdings mit der Anpassung meines Haarschnitts und meiner Kleidung an meinen Musikgeschmack ins Unermessliche. Jeder von uns erlebte fast täglich Ausweiskontrollen. Es gab Zuführungen³ durch die VP [= Volkspolizei], Entführungen und Verhöre durch die Staatssicherheit, Hausdurchsuchungen, Bedrohungen, Ordnungsstrafen, Einweisungen in Jugendwerkhöfe⁴, Verhaftungen und anschließende Verurteilungen zu Haftstrafen. Alles auf Grund des Outfits als Punk! [...]

Fanden Sie sich selbst auch gefährlich?

Geralf Pochop: Nein, natürlich nicht. Wie sollten wir paar Hanseln im Alter zwischen 13 und 22 dem Staat denn irgendwelchen ernsthaften Schaden zufügen? Wir wollten anfangs nur unsere Musik hören, zu Konzerten gehen, Punk-Bands gründen, Spaß haben und so rumlaufen, wie wir es wollten. Klar sollten unsere Frisuren und die

Kleidung auffallen und sicherlich auch provozieren. Aber das ist doch ganz normal. Das machen Millionen Jugendliche während ihrer pubertären Phase auf der ganzen Welt. Als Staatsfeinde haben wir uns anfangs nun wirklich nicht gesehen. Die politische Radikalisierung gegen die DDR entstand erst als Reaktion auf die ständigen Übergriffe und Verbote seitens des Staates.

Was war es, was Sie bei der Stange hielt, trotz – oder wegen – all den Nachstellungen?

Geralf Pochop: Das Lebensgefühl! Punk war damals das Synonym⁵ für Kreativität, Freiheit, Unabhängigkeit und Spaß am Leben. Wenn wir irgendwo hinkamen, schauten alle auf uns. Wir waren die Coolen! Auf die kollektive⁶ Überwachung antworteten wir mit Ironie und verspotteten unsere Verfolger. Als Opfer haben wir uns nie gesehen. Wir sind ja in der Diktatur aufgewachsen und haben sie damals nicht als solche wahrgenommen.

Aus: Geralf Pochop im Interview:
„Die Zeit als Punk in der DDR hat mein
Leben geprägt“.
In: [Mitteldeutsche Zeitung, 05.08.2018](#).
Abgerufen: 04.09.2025

¹ Der Hansel: Ein umgangssprachlicher Ausdruck für eine unwichtige Person

² Dieser Aufnäher aus Stoff mit dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ war ein Zeichen der Friedensbewegung in der DDR.

³ Eine Zuführung war die Vorstufe einer Verhaftung. Für eine Zuführung war keine Begründung notwendig. Die Zuführung konnte kurz oder länger sein, sie konnte mit einer Freilassung oder einer regulären Verhaftung enden.

⁴ „Jugendwerkhöfe“ dienten offiziell der Erziehung von Jugendlichen, wirkten aber mit ihrem Drill und unverhältnismäßigen Strafen auf die Betroffenen wie ein Gefängnis.

⁵ Synonym = Wort mit gleicher Bedeutung

⁶ Kollektiv (Adj.) = hier: alle Beteiligten erfassend; umfassend



Macht durch Angst?

Die Rolle der Stasi im Leben der Menschen in der DDR

Steckbrief

Episode	1
Dauer	*** (lang)
Schwierigkeitsgrad	*** (anspruchsvoll)
Sozialform	Einzel-, Partnerarbeit, Plenum
Methoden	Einzelarbeit, Diskussion / Unterrichtsgespräch
Material	Kopien des Arbeitsblatts (S. 23-26), Internetzugang, ggf. Kopfhörer für SuS
Kompetenzbereiche	Analysekompetenz, Urteilskompetenz, Orientierungskompetenz
Besonderheit	Nutzung einer Videoquelle

Verlaufsplanung

- 1 Einstieg** Als Einstieg kann das Foto von Wolf Biermann gezeigt werden.
- 2 Erarbeitungsphase** Die SuS bearbeiten in Einzel- oder Partnerarbeit die verschiedenen Aufgaben des Arbeitsblatts.
- 3 Auswertungsphase** Bei Bedarf können die Ergebnisse einzelner Aufgaben im Plenum verglichen werden.
- 4 Abschluss** Im Plenum wird diskutiert, ob Biermanns Behauptung zutrifft. Zur Aktualisierung kann darauf hingewiesen werden, dass die Omnipräsenz der Stasi dazu führte, dass die Menschen nicht frei sprachen. Es kann dann diskutiert werden, ob die Behauptung bestimmter Gruppen „Man darf heutzutage nichts mehr sagen“ zutrifft oder nicht.



Macht durch Angst?

Die Rolle der Stasi im Leben der Menschen in der DDR

Aufgabe

A) Überprüfe die Aussage Wolf Biermanns (**Material 1**) mithilfe der folgenden Materialien (2 - 8) und nimm Stellung zu ihr.



Material

1) Wolf Biermann

Der regierungskritische DDR-Liedermacher Wolf Biermann (geb. 1937) sagte 2016 über die Stasi: „[...] mehr als die Hälfte der Macht der Staatssicherheit bestand ja [...] aus der Angst der Menschen vor dieser ‚Firma‘.“

Wolf Biermann im Film:
„Stasi in 5 Minuten.“
BpB, Holger Kulick 2016.
Abgerufen: 10.09.2025



Foto: [Wolf Biermann bei einem Konzert in Leipzig](#), 1.12.1989, Von Bundesarchiv, Bild 183-1989-1201-046 / Waltraud Grubitzsch (geb. Raphael) / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de



Material

2) Ministerium für Staatssicherheit

„Stasi“ ist eine übliche Abkürzung für das Ministerium für Staatssicherheit. Die Aufgabe dieses Ministeriums bestand darin, die DDR und die regierende Partei, die SED, vor vermeintlichen „Republikfeinden“ zu beschützen. Dies bedeutete auch, die eigene Bevölkerung zu überwachen. Die Stasi konnte ihre Aufgaben nicht allein mit ihren hauptamtlichen Mitarbeitern erfüllen und warb deswegen zusätzlich „Inoffizielle Mitarbeiter“ an. Ein solcher Anwerbeversuch wurde gründlich

vorbereitet, denn die Mitarbeit sollte freiwillig erfolgen, und wurde üblicherweise durch eine handschriftliche Verpflichtungserklärung dokumentiert. Wer wegen einer Zusammenarbeit mit dem MfS angesprochen wurde, konnte sich verweigern und die Spitzeltätigkeit ablehnen. Dies konnte negative Folgen haben, musste es aber auch nicht. Diese Unberechenbarkeit war ein wichtiges Element für die einschüchternde Wirkung der Stasi (1989: ca. 91.000 Hauptamtliche und ca. 180.000 Inoffizielle Mitarbeiter).



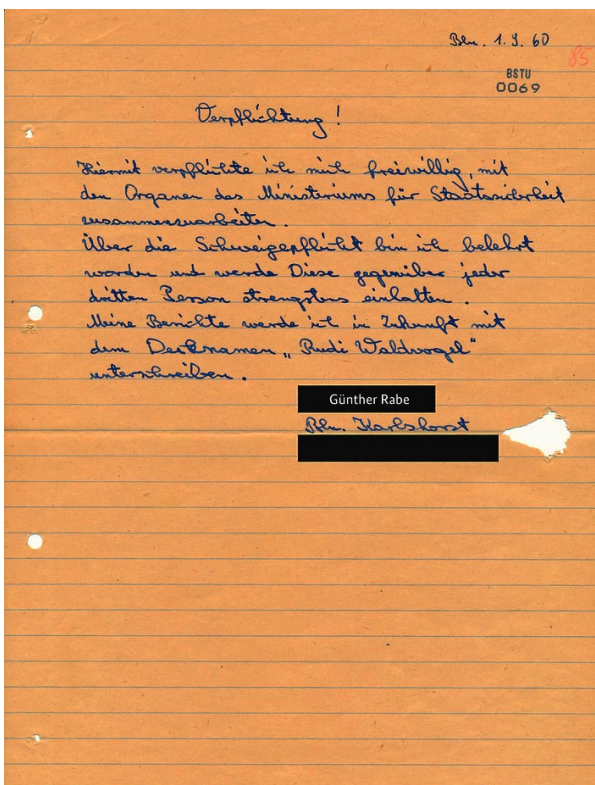
Die Stasi beobachtete Oppositionelle, Ausreiseartragsteller oder auch Jugendliche, die durch ihr Aussehen oder ihren Musikgeschmack auffielen, zum Beispiel Punks. Ihre Methoden wie bspw. das Abhören von Telefonaten, das Ausspionieren von Briefen oder das Einschüchtern durch Befragungen „zur Klärung eines Sachverhalts“ missachteten international anerkannte Grundrechte. Lagen genug (echte oder vermeintliche) Beweise gegen eine Person vor, kam diese in Untersuchungshaft der Stasi (nicht der regulären Volkspolizei) und wurde dort verhört. Den Untersuchungshäftlingen wurde der Kontakt zu einem unabhängigen Anwalt verwehrt, sie wurden Dauer verhören unterzogen und durch Schlafentzug müde gemacht. Die Dauer von Inhaftierungen konnte sehr stark variieren; Familienangehörige wurden oft nicht informiert, wo ihre Verwandten waren und wessen sie beschuldigt wurden. Einzelne Verhaftungen dauerten überraschend kurz, sodass sich

manchmal die Frage stellte, ob sich diese Person zu einer Mitarbeit für die Stasi verpflichtet haben könnte, um schneller entlassen zu werden.



Material

3) Verpflichtungserklärung



Transkript:

Bln. 01.09.1960
Verpflichtung!

Hiermit verpflichte ich mich freiwillig, mit den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten. Über die Schweigepflicht bin ich belehrt worden und werde Diese gegenüber jeder dritten Person strengstens einhalten. Meine Berichte werde ich in Zukunft mit dem Decknamen „Rudi Waldvogel“ unterschreiben.

[pseudonymisiert: Günther Rabe]
Bln. Karlshorst
[anonymisiert]

Quelle: Verpflichtungserklärung eines
Tierpflegers Aus: [Stasi-Mediathek](#)
Abgerufen: 04.09.2025



Material

4) Die Historikerin Elise Catrain zur Frage, warum Menschen als IM tätig waren:

„Die Motive für eine inoffizielle Tätigkeit waren sehr unterschiedlich. Loyalität gegenüber dem Staat und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu tun, spielten eine wesentliche Rolle. Verbreitet war aber auch die Absicht, sich selbst persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Bei manchen Verpflichtungserklärungen waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend. Es gab auch Fälle, in denen IM durch die Staatssicherheit zur Mitarbeit erpresst wurden. Dieses Vorgehen war in den 1950er-Jahren üblich und wurde später selten praktiziert, da ein zur Mitarbeit gezwungener IM häufig nicht mit der gewünschten Effektivität und Zuverlässigkeit arbeitete.“

Schließlich spielte der Faktor Angst eine wesentliche Rolle. Viele fürchteten Nachteile für ihre persönliche Entwicklung oder die Familie und hatten Angst vor Repressalien [= Straf-, Vergeltungsmaßnahmen], wenn sie nicht einwilligten. Dass eine Ablehnung der Mitarbeit in aller Regel keine negativen Konsequenzen hatte, konnten sie nicht wissen.“

Aus: Peter Boeger / Elise Catrain (Hg.):
Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken
Erfurt, Gera und Suhl. Berlin 2018. Der Bundesbeauftragte für
die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik. S. 65.



Material

5) Stasi und Punk



Punks in der DDR:
Pogo-Parties im Honecker-Regime | DER SPIEGEL

https://www.youtube.com/watch?v=AR4VWP_qcE



Material

6) Zeitzeugen erinnern sich:

Hermann Frankfurth erinnert sich an die Überwachung seiner Familie durch die Stasi:
„Unsere Briefkontakte in den Westen wurden kontrolliert. Ich habe dann [nach 1990] in unseren Stasi-Unterlagen Originalbriefe von uns gefunden, die also einfach einbehalten wurden, wahrscheinlich mit dem Ziel, beginnende Briefkontakte gleich zu unterbinden. [...] und zum Beispiel mit einer Tante haben wir es so gehandhabt, dass wir die Briefe innerhalb eines Jahres immer durchnummeriert

haben, damit wir sicher waren, dass eben tatsächlich jeder Brief zumindest weitergeleitet wird. Auch wenn er gelesen wird, dass er weitergeleitet wird. Damit ist man schon sehr bewusst umgegangen.“

Videointerview am 16. April 2024,
Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmehager Gießen



Siegfried Stempel erinnert sich an die Notwendigkeit, immer die Möglichkeit zu beachten, dass eine andere Person Informationen an die Stasi weitergibt:

„Bei Menschen eben, mit denen man zusammen war oder mit denen man was unternommen hat, denen man was Persönliches erzählt hat. Das hätte einem das Genick brechen können. Das war ja auch was Typisches, dass immer Angst verbreitet wurde. Also: Wenn Du den Witz erzählst, dann kannst Du von der Uni fliegen, in Berlin, aber in Leipzig muss das gar nicht so sein. In Erfurt kannst Du vielleicht zum VoPo¹ mal sagen, dass er eine Pflaume ist, in Berlin hätten sie dich aber mal mitgenommen. [...] Die Angst schwebte immer über allen...“

Erzählcafé am 3. Dezember 2025,
Lern- und Erinnerungsort Notauf-
nahmelager Gießen



Material

7) Umgang mit Stasi-Spitzeln in den oppositionellen Gruppen:

Achim Dömel (1950 bis 2025) in einem Videointerview mit dem Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen:

„Wenn man heute seine Überwachungsprotokolle liest – ab 1991 konnte man ja Einsicht nehmen – dann wird klar: Wir sind also von 1975 bis 1982 konsequent überwacht worden und beobachtet worden. Also die wussten über alle Aktionen, die wir eigentlich gemacht haben, fast immer Bescheid, weil sie hatten in der Gruppe immer jemanden drin als IM, die berichtet haben. Aber man hat zwar gemerkt, man wird beobachtet, man hat gemerkt, man hat eine Briefkontrolle, aber wie intensiv das war, das hat man nicht gemerkt und hatte das auch nicht vermutet.“

Videointerview am 7. Juni 2024,
Lern- und Erinnerungsort Notauf-
nahmelager Gießen

¹ VoPo = Kurzform für Volkspolizist



Material

8) Fortwirken von Erfahrungen aus der DDR-Zeit bis in die Gegenwart

Interview mit **Mario Röllig** (geb. 1967) über seine Erfahrungen mit Spitzeln und ihren Berichten:

Herr Röllig, können Sie sich noch an den Moment erinnern, als Sie Ihre Stasi-Akte eingesehen haben?

Mario Röllig: Ja, das war ziemlich krass. 1992 hatte ich die Akte beantragt, aber man sagte mir damals, dass sie nichts über mich gefunden hätten. Da war ich total traurig. Fünf Jahre später, 1997, bekam ich dann doch eine Einladung zur Akteneinsicht. Ich erhielt fünf Ordner mit insgesamt 2.000 Seiten. Das Schlimmste in den Akten sind die Spitzelberichte. Ich fand heraus, dass vier Personen auf mich angesetzt waren: zwei Kollegen, ein Nachbar und mein bester Freund.

Haben Sie ihn darauf angesprochen?

Mario Röllig: Ja, ich habe ihn mit seinen Berichten zur Rede gestellt. Er wurde knallrot und kreidebleich zugleich. [...] Als ich ihn mit meiner Akte konfrontierte, sagte er: „Was willst du eigentlich von mir? Wäre ich es nicht gewesen, hätte es jemand anderes gemacht“. Ich hatte eigentlich erwartet, dass er sich entschuldigt. Da von ihm aber nichts kam, bin ich aufgestanden und wir haben uns seitdem nie mehr gesehen. [...]

Wirken sich Ihre Erfahrungen aus DDR-Zeiten auf Ihr heutiges Leben aus?

Mario Röllig: Ja, eine Freundschaft zu finden und zu halten oder eine Liebe zu finden, ist schwierig. Wenn ich heute jemanden kennenlerne, auch wenn die Person nicht aus der DDR kommt, überlege ich mir dreimal, ob ich nicht zu viel von mir erzähle. Oder ob die Person mein Gesagtes gegen mich verwenden könnte. Das macht den Alltag manchmal sehr schwer.

Aus: [Carolin Hasse: „Das Schlimmste in den Akten sind die Spitzelberichte“](#). In: *Das Parlament*, 07.05.2024
Abgerufen: 03.09.2025



Wer war der Spitzel?

Steckbrief

Episode	1
Dauer	* (kurz)
Schwierigkeitsgrad	** (mittel)
Sozialform	Einzelarbeit
Methoden	Kreuzworträtsel
Material	Kopien des Rätsels
Besonderheit	Rätsel

Verlaufsplanung

Im Spiel wird die Frage, wer innerhalb der Punks der IM ist, nicht eindeutig beantwortet. Damit soll darauf verwiesen werden, dass die Menschen in der DDR bis zu deren Ende nicht wussten, wer für die Stasi arbeitete und wer nicht.

Mithilfe des Rätsels kann das geklärt werden. Dieses Arbeitsblatt ist als ein Angebot für Schülerinnen und Schüler gedacht, die mit anderen Aufgaben oder mit dem Spielen besonders schnell fertig sind.

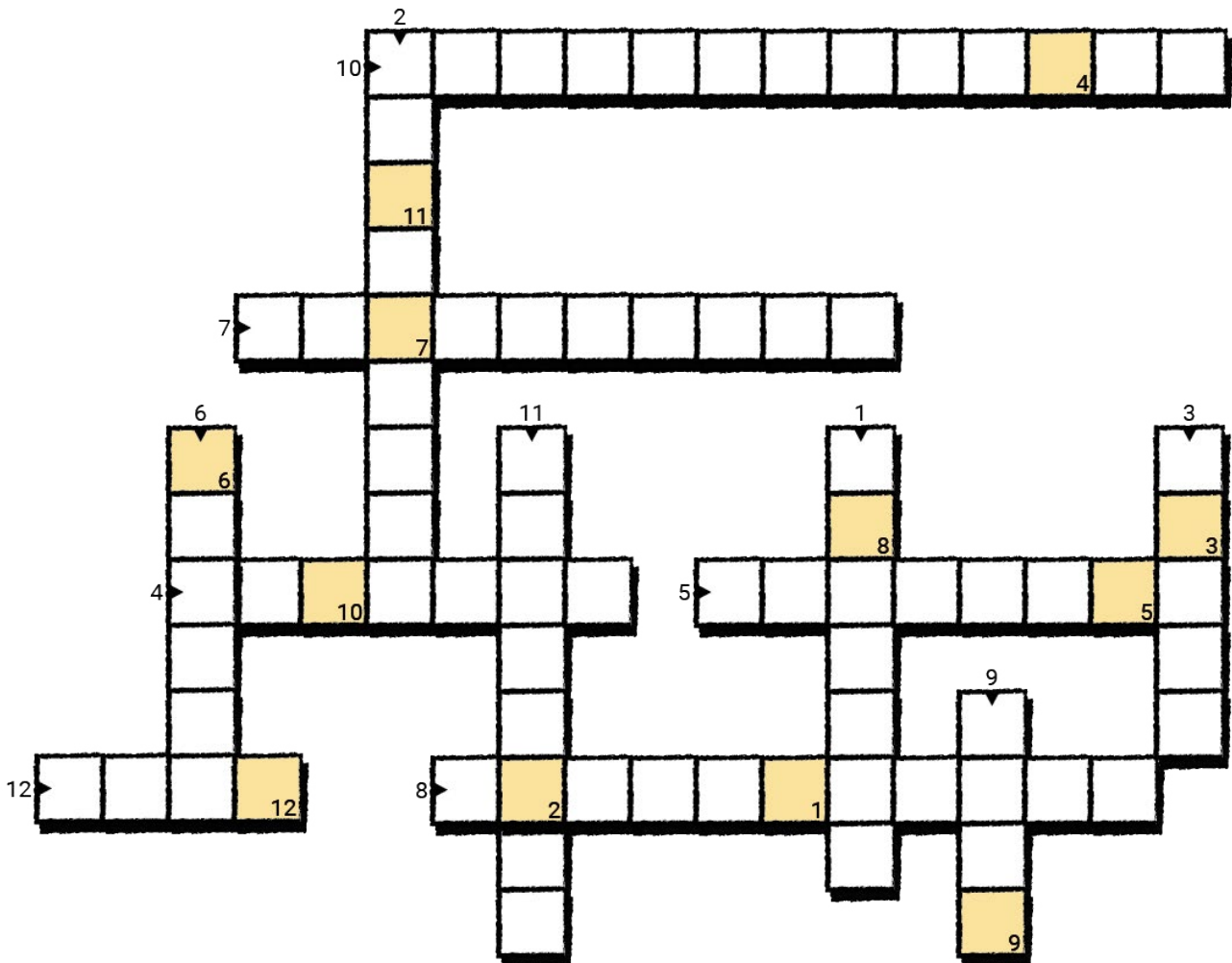




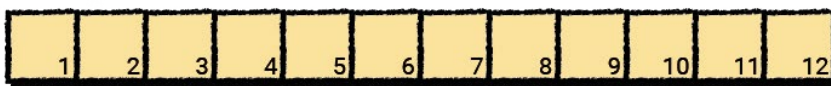
Rätsel

Wer war der Spitzel?

1. Das Flugblatt ist fertig und nun müssen Assel und Rico es noch ...
2. Oh nein, Assel wird ... !
3. Das will Assel ihrem Nachbarn Micha geben, aber ganz unauffällig.
4. Vor einem solchen warnt Rico Assel.
5. Das gibt es im Automaten auf der Gasse.
6. Diese Himmelsrichtung konnte die Bundesrepublik bezeichnen.
7. Diese Süßigkeit finden Assel und Rico klasse.
8. So, wie es ist, soll es nicht bleiben. Assel und Rico wünschen sich ...
9. Wenn er bellt, könnte Assel auffliegen.
10. Assel freut sich nicht über die Begegnung mit ihm auf dem Weg zur Bandprobe.
11. Assel wünscht sich mehr davon, um sich ihre Musik und ihren Kleiderstil aussuchen zu können.
12. Assels Lieblingsmusik.



Lösung:





Wehrerziehung

Erziehung für den Frieden?

Steckbrief

Episode	2
Dauer	*** (lang)
Schwierigkeitsgrad	*** (anspruchsvoll)
Sozialform	Einzelarbeit, Partnerarbeit
Methoden	Rollenspiel / Spielszene
Material	Kopien des Arbeitsblatts (S. 30-33)
Kompetenzbereiche	Analysekompetenz, Orientierungskompetenz
Besonderheit	Video aus dem Zeitzeugenportal, Lied der Klaus Renft Combo, Kreative Aufgabe

Verlaufsplanung

- 1 Einstieg** Das Bild des Aufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“ beschreiben und interpretieren lassen.
- 2 Erarbeitungsphase A** Die SuS lesen in Einzelarbeit die Materialien und machen sich Notizen.
- 3 Erarbeitungsphase B** In Partnerarbeit bereiten die SuS Spielszenen vor.
- 4 Auswertungsphase B** Die Tandems stellen ihre Spielszenen vor (ggf. nur Freiwillige).
- 5 Abschluss** Zum Abschluss kann über aktuelle Fragen von Wehr- und Ersatzdienst diskutiert werden.



Wehrerziehung

Erziehung für den Frieden?



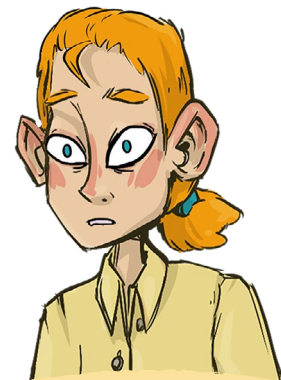
Material

1) Wehrdienst und Wehrunterricht in der DDR

Die DDR bezeichnete sich selbst als „Friedensstaat“ und vertrat die Position „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“. Neben der Nationalen Volksarmee (Landstreitkräfte, Luftwaffe, Marine) gab es auch die Grenztruppen, deren Hauptaufgabe in der Verhinderung von Fluchten lag. Junge Männer mussten einen Wehrdienst von 18 Monaten leisten. Wer zum Beispiel aus religiösen Gründen keinen Dienst an der Waffe leisten wollte, konnte ab 1964 als „Bausoldat“ seine Dienstpflicht erfüllen. Wie die Soldaten mussten die „Bausoldaten“ ebenfalls in Kasernen leben und waren hartem Drill unterworfen. Wer nicht nur den Dienst an der Waffe, sondern auch den Dienst als „Bausoldat“ verweigerte, musste mit 30 Monaten Gefängnisstrafe rechnen. Einen Studienplatz erhielten junge Männer im Normalfall nur, wenn sie den Wehrdienst mit der Waffe abgeleistet hatten. Wer also als „Bausoldat“ diente oder gar vollständig verweigerte, nahm Nachteile für die spätere berufliche Laufbahn in Kauf.

Ab 1978 gab es in der 9. und 10. Klasse das Pflichtfach „Wehrunterricht“. Am theoretischen Teil nahmen alle Jungen und Mädchen gemeinsam teil, der praktische Teil unterschied sich hingegen. Während die Mädchen auf die Übernahme von Aufgaben im Bereich der Zivilverteidigung vorbereitet wurden, gab es für die Jungen sogenannte Wehrlager. Hier trugen sie Uniform, lernten verschiedene Waffengattungen kennen und übten das Werfen von Handgranaten mithilfe von Attrappen.

Gegen die Einführung des Wehrunterrichts protestierten die Kirchen in der DDR, aber letztlich vergeblich. Das neue Unterrichtsfach trug dazu bei, dass sich in der DDR Menschen in kleineren Gruppen zusammenschlossen, um sich für den Frieden einzusetzen. Diese Gruppen trafen sich üblicherweise in kirchlichen Räumen oder in Privatwohnungen.



Sollte ich den lieber entsorgen?



Material

2) Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“



Bild: Lern- und Erinnerungsort
Notaufnahmelager Gießen

Ab 1980 wurde das Bibelzitat „Schwerter zu Pflugscharen“ zum Symbol der friedensbewegten Gruppen. Es wurde als Aufforderung zur Abrüstung verstanden. Der Stoffaufnäher wurde in der Schule gegen den Willen der Betroffenen von Jackenärmeln entfernt.



Material

3) Erinnerungen an den Wehrdienst

Lutz Baumann, geb. 1953, erinnert sich an seine Einberufung im Alter von 19 Jahren:

„Ich erinnere mich nicht mehr an alle Einzelheiten am Einberufungstag. Jedenfalls, meine Ausbildungskompanie der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung lag in Altwarp am Oderhaff im äußersten Nordosten hart an der Grenze zu Polen. Wir fuhren in einem Zug und mussten auf W50 LKWs aufsitzen. Kaum aus dem Zug, ging es los mit dem Armeeleben. Tierisches Gebrülle von irgendwelchen Unteroffizieren auf dem Bahnhof und an den LKWs die Ostmilitärpolizei mit Namen Kommandantendienst mit ihrem weißen Koppelzeug und weißen Gummiknüppeln, die sie in den Händen hielten. Alles sollte so schnell wie möglich vonstattengehen. Schon die ersten Minuten vermittelten einen Eindruck von dem, was noch folgen sollte. Im Armeeobjekt angekommen, hieß es absitzen, antreten und von nun an sollte alles im Laufschrift gehen. Nur noch Gebrüll, Aufteilung in Züge, Zivilklamotten abgeben, Einkleiden, Sachen empfangen in der B/A Kammer. Alle Ausrüstungsstücke wurden auf eine Zeltplane geworfen: Stiefel, Stahlhelm, usw. usw. - passt - weiter - der nächste Rekrut. Dann Einrücken in den Schlafsaal, in dem eine große Anzahl von Doppelstockbetten stand. Ich erinnere mich nicht mehr, wo die Spinde standen. Jedenfalls gab es erst mal ein riesiges Durcheinander, aber die Unteroffiziere brachten schnell Ordnung in das Chaos. [...] Was ich besonders nervend fand, war das ewige Gebrüll der Vorgesetzten. Der morgendliche Frühsport war mir besonders verhasst. Zum Essen im Laufschrift oder wenn dem Ovd¹ etwas an unserer Marschordnung nicht passte, alle runter in den Entengang, natürlich mit einem Lied auf den Lippen. [...] Hier tat sich besonders der Kompaniechef

der Ausbildungskompanie mit dem Spitznamen Minimeier hervor. Hauptmann Meier war zwar kaum zu sehen, aber er ließ es nie zu, dass man ihn überhörte. Dazu hatte ihn die Natur mit einer besonders lauten Stimme ausgestattet und sein Geschrei tönte von morgens bis abends über den Appellplatz. Das machte ihn bei den Soldaten besonders unbeliebt, denn auch beim Stubendurchgang hatte er immer etwas auszusetzen und war nie zufrieden.“

Baumann, Lutz: Einberufung in die NVA, in: LeMO-Zeitzeugen, Lebendiges Museum Online, [Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland](#)



¹ Ovd = Oberst vom Dienst; ein „Oberst“ war ein hoher Offiziersgrad in der NVA.



Material

4) Folgen des Wehrdiensts



Im Interview mit dem Zeitzeugenportal berichtet Stephan Hilsberg, geb. 1956, von seinen Erfahrungen mit der NVA und erklärt, warum er sich nicht als sogenannter Bausoldat meldete.

<https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/5ttAapbKcCM>



Material

5a) Klaus Renft Combo: Glaubensfragen

Text: Gerulf Pannach, Musik: Christian Kunert

Glaubensfragen

Du, woran glaubt der,
der zur Fahne geht,
Ruhm der Fahne schwört,
dabei stramm steht?

Du, woran glaubt der,
der nicht anlegt,
der als Fahne vor sich her
einen Spaten trägt?

Du, woran glaubt der,
der in`n Kahn¹ geht,
und den Hintern quer
zu der Fahn` dreht?

Von: [Renft - Legenden sterben nie](#)
Abgerufen: 5.9.2025

Das Lied wurde für das dritte Album der Band 1974 geschrieben; das Album durfte in der DDR nicht erscheinen. 1975 wurde die Band verboten.



¹ „in den Kahn gehen“: eine umgangssprachliche Formulierung für „ins Gefängnis gehen“.



Material

5b) Klaus Renft Combo: Glaubensfragen



<https://www.youtube.com/watch?v=FD4gvEPRP5c>



Aufgabe

A) Micha ist im Spiel nicht begeistert, dass er zur Nationalen Volksarmee gehen soll. Seine Mutter sieht das ganz anders.

Arbeitet zu zweit und spielt eine Szene, in der Micha seiner Mutter erklärt, warum er den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ tragen möchte und warum er am liebsten den Wehrdienst verweigern würde.

Nutzt zur Vorbereitung die Materialien und hört Euch das Lied an.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....





George Orwell: 1984

Kann Literatur gefährlich sein?

Steckbrief

Episode	2
Dauer	** (mittel)
Schwierigkeitsgrad	** (mittel)
Sozialform	Einzel-, Partnerarbeit, Plenum
Methoden	Think-Pair-Share
Material	Kopien des Arbeitsblatts (S. 35-37)
Kompetenzbereiche	Analysekompetenz, Orientierungskompetenz
Besonderheit	Auszug aus einer Graphic Novel

Verlaufsplanung

- 1 Einstieg** Falls vorhanden, kann die Lehrkraft ein Exemplar des Romans „1984“ zeigen und beschreiben lassen.
- 2 Erarbeitungsphase A** Die SuS beschäftigen sich in Einzelarbeit mit den Materialien der Arbeitsblätter (Think).
- 3 Auswertungsphase A** Anschließend tauschen sie sich mit einem Partner / einer Partnerin aus (Pair).
- 4 Auswertungsphase und Abschluss** Schließlich wird im Plenum über das Verbot des Romans und die Leitfrage dazu diskutiert (Share).



George Orwell: 1984

Kann Literatur gefährlich sein?

Micha bezeichnet den Roman „1984“ als sein Lieblingsbuch. Er stellt auch fest, dass er das Buch nicht offen in seinem Zimmer liegen lassen sollte. Er weiß, dass es als „verboten“ gilt.

Material 1 vermittelt Dir einen Eindruck vom Roman – hier in einer Adaption in Form einer Graphic Novel.

Material 2 ist eine offizielle Beurteilung des Romans im Auftrag der Stasi.



Das sollte ich nicht so rumliegen lassen.



Der Schriftsteller George Orwell (1903-1950) ist vor allem für seine Dystopien¹ „Farm der Tiere“ (erschienen 1945) und „1984“ (erschienen 1949) bekannt.



Aufgaben

- A) Lies Material 1 und erarbeite aus Material 2, wie der Roman beurteilt wird.
- B) Vergleiche diese Beurteilung mit dem Auszug aus der Graphic Novel.
- C) Diskutiert in der Gruppe, inwieweit das Verbot dieses Romans nachvollziehbar und sinnvoll war. Kann Literatur tatsächlich gefährlich sein?



Material

1) Auszug aus „1984“

Der Roman spielt vermutlich im Jahr 1984, zum Zeitpunkt des Verfassens also in der Zukunft. Die Hauptfigur Winston Smith lebt in London, was zum Staat Ozeanien gehört. Der Staat wird von „Der Partei“ unter der Führung von „Big Brother“ regiert, die ihre Macht unter anderem mithilfe von „Teleschirmen“ sichert. Diese Teleschirme können nicht abgestellt werden, sodass die Menschen permanent überwacht werden können, gemäß dem Motto: „Big Brother Is Watching You“.

Im Laufe des Romans wird Winston verhaftet und gefoltert. Er soll in die Gesellschaft wieder integriert werden und dafür die Macht der „Partei“ verstehen und akzeptieren. O'Brien befragt ihn und kann Winston mithilfe von Stromstößen foltern.

¹ Eine „Dystopie“ ist ein Roman, der einen negativen Blick in die Zukunft wirft.



1) Graphic Novel - George Orwell: 1984

Adaptiert und illustriert von Fido Nesti. Berlin 2021, S. 182-183.





Material

2) Beurteilung des Romans in der DDR

Gutachten

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE BERLIN [Ost]

Berlin, den 29.7.1958

Buch: George Orwell: „1984“
Roman (156 Seiten) im Diana-Verlag, Rastatt-Stuttgart

Abschnitt I: Der Verfasser
Abschnitt II: Inhalt
Abschnitt III: Urteil

Das Buch ist weit mehr als ein utopischer Roman. Es ist das Phantasiegebilde eines Schriftstellers, der den Kalten Krieg zum System erhebt und seinen Haß gegen die Sowjetunion, gegen die Partei der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt und der mit Hilfe von Grausamkeitsschilderungen und Hirngespinnsten unter Benutzung von geschickten technischen Schilderungen seinen Leserkreis in dieser Hinsicht beeinflussen will, um jedes Bestreben, den Frieden zu erhalten und die Koexistenz zu unterstützen, zu vernichten. Das Buch ist nicht nur staatsgefährdend, sondern stellt in der Hand

seines Leser staatsfeindliches, besonders gegen die Sowjetunion und alle sozialistischen Staaten gerichtetes Hetzmaterial dar. Die Verbreitung und jeder Vertrieb sollten unter allen Umständen beobachtet und mit allen staatlichen Mitteln verhindert werden.

Welche Versuche der Verbreitung unternommen werden, geht z.B. daraus hervor, daß das zweifellos nicht billige Buch in der Rahmenreihe „Bürgers Taschenbücher“ als Nr. 3 herausgegeben und während der Weltjugendfestspiele in Berlin weitgehend verbreitet werden sollte¹.

Abt. Lektorat
Forchmann

Zit. nach: Bernd Lippmann: *Die Stasi, Orwell und Ich. Vom Häftling zum Kämpfer für die Wahrheit.* Berlin 2025, S. 224.



¹ Der Roman erhielt einen anderen Umschlag als Tarnung und wirkte so wie eine DDR-Broschüre mit dem Titel „Für Frieden und Völkerefreundschaft.“ Vgl. Wolfgang Both: [Wie George Orwells „1984“ fast in der DDR erschienen wäre.](#) [Mai, 2025]. Abgerufen am 22.10.2025.



Die ständige Ausreise aus der DDR

Ein leichter Weg?

Steckbrief

Episode	3
Dauer	** (mittel)
Schwierigkeitsgrad	** (mittel)
Sozialform	Einzelarbeit, Plenum
Material	Kopien des Arbeitsblatts (S. 39-42)
Kompetenzbereiche	Analysekompetenz, Orientierungskompetenz
Besonderheit	Bildquelle aus dem Stasi-Archiv, Artikel aus einer westdeutschen Zeitschrift

Verlaufsplanung

- 1 Einstieg** Als Einstieg können die SuS die Bilder von Hanna und Peggy beschreiben und so ihr im Spiel erworbenes Wissen über die beiden reaktivieren.
- 2 Erarbeitungsphase A** Die SuS beschäftigen sich mit den Materialien der Arbeitsblätter.
- 3 Auswertungsphase A** Bei Bedarf können einzelne Aufgaben besprochen werden. Eine mögliche Lösung zu „Hannas Weg“ lautet:
12 – 5 – 8 – 6 – 10 – 7 – 3 – 2 – 4 – 1 – 9 – 11
- 4 Erarbeitungsphase B** Die SuS notieren (ggf. in Stichworten) ihre Begründung für ihre Einschätzung dieser Möglichkeit, die DDR zu verlassen.
- 5 Auswertungsphase B** Die SuS tragen ihre Einschätzungen vor und diskutieren über Unterschiede und Gemeinsamkeiten.
- 6 Abschluss** Zum Abschluss kann die Frage aufgeworfen werden, unter welchen Umständen die Schülerinnen und Schüler ihre Heimat verlassen und in ein fremdes Land ziehen würden.



Die ständige Ausreise aus der DDR

Ein leichter Weg?

Hanna stellt im Spiel „Grenzgänger“ für sich und ihre Tochter Peggy einen Ausreisetrag. Wie beurteilst Du ihre Handlungsweise? War sie mutig?

Nutze die folgenden Materialien mit ihren jeweiligen Arbeitsaufträgen, um Dir eine Meinung zu bilden, die Du dann mit Begründung aufschreibst.



Material

1) Der Weiße Kreis

Das Foto wurde von einem Mitarbeiter der Stasi aufgenommen.

Es zeigt ein Treffen des „Weißen Kreis“ in Jena auf dem mitten in der Stadt gelegenen „Platz der Kosmonauten“.



Bild: Bundesarchiv, Mfs, HA XX, Fo 211, Bild_0051



Aufgabe

A) Beschreibe das Bild genau. Achte auch auf den Hintergrund. Stelle Vermutungen an: Welchen Vorteil haben die Teilnehmenden von dieser Aktion? Warum beobachtet die Stasi das Treffen?

.....
.....
.....



Aufgabe

Hannas Weg - Aus Jena zum Neuanfang in der Bundesrepublik

B) Lies die folgenden Sätze und bringe sie dann in eine sinnvolle Reihenfolge:

12

Hanna und Peggy brechen am Gießener Bahnhof in ihr neues Leben in der Bundesrepublik auf.

Nach dem Stellen des Ausreiseantrags fühlt sich Hanna immer mehr überwacht und bespitzelt.

Hanna überlegt, ob sie sich mit anderen Ausreisewilligen beim Weißen Kreis treffen soll.

Hanna darf nicht mehr als Lehrerin arbeiten.

Hanna muss ganz schnell für sich und Peggy packen.

Peggy geht es immer schlechter.

Die Ärzte diagnostizieren bei Peggy eine chronische Bronchitis.

Peggys Vater musste nach Kuba zurückkehren.

1

Hanna stellt einen Antrag auf Ausreise für sich und Peggy.

Hanna arbeitet gerne als Lehrerin.

Hanna erhält die Nachricht, dass sie ausreisen darf.

Im Notaufnahmelager muss Hanna dem Aufnahmeausschuss erklären, warum sie nicht mehr in der DDR leben möchte.





Aufgabe

C) Lies den folgenden Artikel und arbeite heraus, welche Gründe für die Ausreise genannt werden, wie die Behörden in der DDR mit den Ausreiseartragstellern umgingen und wie die Situation im Notaufnahmelager Gießen geschildert wird.



Material

3) Die Ausreisewelle 1984

„Gegen 23 Uhr kommt der letzte Schub des Tages. Es sind etwa 30 Deutsche, die erst an diesem Morgen mit schroffen Worten ihre Ausbürgerungs-urkunde von DDR-Beamten überreicht bekamen: „Bis null Uhr haben Sie die Republik zu verlassen.“ Jetzt [...] sitzen sie im kargen Speisesaal des Notaufnahmelagers Gießen. Schlaftrunkene Kinder klammern sich an Puppen oder Teddybären. Blasse, von den Reises Strapazen gestreßte Erwachsene können sich vor Erschöpfung kaum noch freuen. Sie besitzen weder Ost- noch Westmark, ihre einzige Habe sind Koffer, soviel sie schleppen konnten. Dennoch haben auf diesen Moment viele von ihnen jahrelang gewartet.

Jetzt kommt Ossi Brauners Begrüßungsauftritt: „Wir freuen uns, daß Sie bei uns sind“, ruft der kleine, quirlige Organisationschef des Lagers mit ungekünstelter Herzlichkeit. „Wir sind leider übervoll, Sie müssen heute nacht auf dem Boden schlafen, aber in der Freiheit erträgt man mal ein bißchen Enge.“ Dann stellt Brauner eine Kiste mit Obst, Brot, Butter und Wurst auf den Tisch und plündert in seiner Not auf der Suche nach kalten Getränken eigenhändig den Kantinen-Kühlschrank. [...] Die Freundlichkeit und der noch jugendliche Elan des 63jährigen tun den Übersiedlern gut, ein warmer Empfang im Westen. Dabei verbirgt Ossi Brauner, der seit sechs Uhr früh schuftet, geschickt seine Müdigkeit.

Ein ähnliches Überstundenpensum leisten in diesen Tagen auch die anderen Bediensteten, die mit einem Exodus¹ aus der DDR fertig werden müssen,

wie er seit dem Mauerbau einmalig ist. Im Dezember war die Lage noch normal: Rund 20 „Zuwanderer aus der DDR“ (Amtsjargon²) passierten täglich den Lager-Schlagbaum. Im Januar und Februar stieg die Zahl aber unvermittelt auf mehr als 100 pro Tag. Sie kommen meist mit schwer beladenen Handwagen vom Bahnhof [...]. Viele auch mit eigenen Wagen, uralten, klapprigen Kisten. [...]

[Der Ingenieur Gerhard Schlecht, 38, aus Dresden] ist mit seiner Frau und zwei Söhnen per Bahn in das Notaufnahmelager gekommen. Zusammen mit zwei anderen Familien müssen sie die erste Nacht auf Matratzen in der Kantine schlafen. Am Morgen darauf wird man die kinderreichen Familien für die nächsten Tage in Nachbarlagern unterbringen. Erst nach etwa einer Woche können die Ausgereisten zu ihren Freunden oder Verwandten kostenlos mit der Bahn weiterreisen.

Wer wie Familie Schlecht „keine Menschenseele in der BRD“ kennt, wird in Auffanglager der einzelnen Bundesländer transportiert. „Ich weiß noch nicht wohin“, sagt der Ingenieur, während er die Matratzen auf dem Boden hin und her schiebt, um in der Nähe seiner Kinder schlafen zu können: „Es wird schwer werden. Hier gibt's ja auch Arbeitslose. Drüben hatte ich eine Wohnung, zweitausend Mark netto im Monat, einen Trabant [= eine Automarke der DDR], eigentlich fast alles, nur keine Freiheit.“ [...]

Auf ein erstes westdeutsches Bier haben sich Michael Helms, 29, und seine Frau Liane an einen Tisch im Speisesaal gesetzt.

1 hier: massenhafte Auswanderung

2 Jargon = Ausdrucksweise einer bestimmten Gruppe



[...] „Ich wollte vor allem, daß unsere vierjährige Tochter Christine in Freiheit aufwächst“, sagt Helms. [...]

Im Januar 1982 stellte Helms für sich und seine Familie schließlich einen Ausreiseantrag. Die Folge: Er wurde gefeuert, man bot ihm einen Job als Heizer an, seine Frau sollte Toiletten putzen. So drangsalierten DDR-Behörden fast alle System-Aussteiger. Wer ausreist, darf nicht einen Pfennig „Alu-Währung“ (Jargon für Ost-Mark) in der Tasche haben. Lediglich Möbel und Autos, die vor der Antragsstellung angeschafft wurden, können mit in den Westen genommen werden. Hausbesitzer jedoch müssen ihr Eigenheim verschenken oder verkaufen. [...]

Lutz Heller hat Glück. Er wird, wenn er das Notaufnahmeflager verlassen kann, in seiner neuen Wahlheimat München arbeiten. Ein Freund beschäftigt den Bergsteiger in seinem Betrieb, [...]. Weniger

Glückliche werden zunächst dem zuständigen Arbeitsamt gemeldet. Heinz Dörr, Leiter des Notaufnahmeflagers: „Die Übersiedler werden genauso behandelt wie Bundesbürger, sie bekommen natürlich Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Rente – je nachdem.“

Bisher konnte jedoch den meisten Übersiedlern Arbeit vermittelt werden. Ein 36jähriger Maurer aus Plauen, der geduldig vor der Tür des Lagerarztes wartet, glaubt zu wissen, warum: „Wir fangen ganz von vorn an, wir machen jede Arbeit. Vor allem können wir improvisieren, mit den geringsten Mitteln viel schaffen. Ich bin zufrieden, wenn ich nach fünf Jahren hier den Lebensstandard erreiche, den ich in der DDR hatte.“

*Ab in den Westen. Massenflucht aus der DDR.
In: Quick. Februar/März 1984.*

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....



Aufgabe

D) Eigene Bewertung: Meiner Meinung nach war Hanna (nicht) mutig, weil...

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Informationen für Lehrkräfte



Freikauf



Mitte der 1960er Jahre beginnt die SED-Führung, ausgewählte politische Häftlinge an die Bundesrepublik zu verkaufen. Für jede vorzeitige Haftentlassung erhält die DDR zunächst Bargeld, später Rohstoffe wie Erdöl, Kupfer oder Rohdiamanten. Mehr als 33.000 Menschen können auf diese Weise den Gefängnissen entkommen, der SED-Staat erwirtschaftet mit diesen Deals gut 3,4 Mrd. DM.

Der Ablauf ist aufwendig: Zunächst erstellt die Bundesregierung eine Vorschlagsliste. Anschließend verhandeln Unterhändler über jeden einzelnen Namen. Der ostdeutsche Verhandlungsführer Wolfgang Vogel erhält dabei seine Anweisungen direkt vom Ministerium für Staatssicherheit. Besonders intensiv wird über die „Preise“ für die Gefangenen gerungen. Die Bundesregierung zahlt anfangs individuell ausgehandelte Summen, die sich nach Delikt, Ausbildung des Häftlings und Haftzeit richten. 1977 wird schließlich eine Pauschale von 95.847 DM pro Person vereinbart.

Haben die Verhandlungen Erfolg, werden die ausgewählten Häftlinge in das Stasi-Gefängnis auf dem Kaßberg in Karl-Marx-Stadt überstellt, wo sie auf ihre Entlassung vorbereitet werden. Von dort aus gelangen sie mit Bussen ins Notaufnahmehaus Gießen, in dem sie eine besondere medizinische Fürsorge und soziale Beratung erhalten.

Vordergründig profitieren beide Seiten von diesen „Sondervereinbarungen“: Die Bundesrepublik befreit politisch Verfolgte, während die DDR dringend benötigte Rohstoffe und Devisen erhält. Doch es gibt auch Schattenseiten: Die Stasi setzt immer wieder Kriminelle und andere unerwünschte Bürger auf die Freikauflisten. Entsprechend gründlich prüfen Polizei und Verfassungsschutz die Ankommenden im Notaufnahmehaus. Auch grundsätzlich wird die Praxis des Freikaufs im Westen kritisiert. Von „Menschenhandel“ und einer „Finanzierung der SED-Herrschaft“ ist die Rede. Für Menschen, die in DDR-Haftanstalten ausharren, sind die Abmachungen aber eine große Hoffnung. Hier erhält Gießen einen beinahe magischen Klang, ein Sehnsuchtsort der Freiheit.

Mehr Informationen im [Erklärvideo](#):



Zwei Busse mit freigekauften Häftlingen am Grenzübergang Herleshausen 1977. Karl-Heinz Brunk, Gießen (brunkfoto)

Die sogenannte Gießen-Sonne ist ein kleines Schraubchen der Kamera Pentacon Six, die von Häftlingen in der Strafvollzugsanstalt Cottbus für den VEB Pentacon gefertigt wird. Einige tragen diese Schraube als Zeichen der Hoffnung an der Häftlingskleidung.



Gießen-Sonne
Foto: Lern- und Erinnerungsort
Notaufnahmehaus Gießen.



Friedens- gemeinschaft Jena

Jena erlebt in den 1970er Jahren eine bemerkenswerte Blüte der Jugendopposition: In den WGs Am Rähmen 3 und in der Gartenstraße 7 finden Diskussionsabende statt, Lutz Rathenow gründet 1973 einen Literaturzirkel, im Zeiss-Jugendklub „Modul“ singt der Liedermacher Peter Kähler und der Bürgerrechtler und Schriftsteller Jürgen Fuchs organisiert Seminare. Besonders beliebt sind die Rüstzeiten des Pfarrers Walter Schilling in Braunsdorf – sie bieten vielen Jugendlichen einen bisher nicht gekannten Freiraum. Schilling öffnet sein Pfarrhaus bewusst für Langhaarige, Beatfans, Punks und all jene, die eigentlich wenig mit Religion am Hut haben. Das Konzept der „offenen Arbeit“ sieht vor, dass niemand bekehrt, dafür aber alle mitreden dürfen. Verbunden wird diese Basisdemokratie mit neuen kulturellen Formaten wie den Blues-Messen – einer Mischung aus Punkkonzerten, Gottesdiensten und politischem Sit-in.

Warum entwickelt sich gerade Jena zu einem solchen Brennpunkt? Zum einen, weil sich hier hoch engagierte Kirchenleute einfinden, die Kirche als Ort gesellschaftlicher Aussprachen gestalten wollen: neben Schilling auch der Jugenddiakon Thomas Auerbach oder der Superintendent Udo Siebert. Zum anderen ziehen die Universität und das Kombinat Carl-Zeiss Jena viele Technikerinnen, Ingenieure, Facharbeiter und Forscherinnen an. In Jena-Lobeda entsteht ab 1966 ein völlig neuer Stadtteil für rund 20.000 Menschen. In drei Berufsschulen werden Lehrlinge aus der ganzen DDR ausgebildet. Nicht wenige von ihnen finden später den Weg in die Junge Gemeinde Stadtmitte.

Die SED-Führung bekämpft die Jugendopposition rigoros: Im Jahr 1975 lässt sie den Arbeitskreis „Literatur und Lyrik“ von Lutz Rathenow verbieten, ein Dutzend Jugendlichen bei einer WG-Party verhaften und Jürgen Fuchs exmatrikulieren. Ein Jahr später geraten nach der Unterschrift von 58 Jugendlichen unter die Biermann-Petition acht Personen länger in Haft, sieben müssen gegen ihren Willen das Land verlassen, darunter auch der JG-Leiter Auerbach.

Die Jugendlichen engagieren sich weiter – zum Beispiel mit Schweigemärschen im November und Dezember 1982 vor der Jenaer Friedenskirche. Daraufhin spitzt sich die Lage erneut zu: Das MfS reagiert mit Abriegelungen und Hausarresten, bis Ende Januar 1983 sitzen weitere elf Personen in Haft.

Diesmal ist der Protest im In- und Ausland jedoch so stark, dass die SED-Führung unter Zugzwang gerät. Jena taucht in der Tagesschau auf, Petra Kelly von den Grünen macht auf die Inhaftierten aufmerksam, zahlreiche Protestbriefe erreichen Erich Honecker. Um diesen Unruheherd endlich in den Griff zu bekommen, werden im Februar alle Inhaftierten überraschend freigelassen. Die Jugendlichen reagieren euphorisch und planen sofort neue Aktionen, etwa eine Gedenkminute zum 38. Jahrestag der Bombardierung Jenas. Selbstbewusst melden sie diese beim Rat der Stadt an und unterschreiben mit: „Friedensgemeinschaft Jena“. Tatsächlich existiert diese „Friedensgemeinschaft“ nur in dieser kurzen Phase des Aufbruchs im März und April 1983. In diesen Wochen haben die



jungen Leute das Gefühl, eine neue Form der Mitsprache entwickeln zu können. Ihr spektakulärster Auftritt erfolgt am 18. März 1983, als sie mit zwölf Friedenslosungen auf dem Jenaer Marktplatz erscheinen. Es ist die erste offene Demonstration von DDR-Oppositionellen außerhalb der Kirche nach 1953.

Die Staatssicherheit entscheidet sich daraufhin für eine großangelegte Abschiebeaktion, die sie intern „Gegenschlag“ nennt. Am 18. Mai 1983 müssen

die ersten drei Aktivisten binnen 24 Stunden die DDR verlassen; bis zum Ende des Sommers werden weitere 50 Jenenserinnen und Jenenser ins Exil getrieben. Die Stasi-Bezirksverwaltung Gera stellt im Juli 1983 fest: „Es gelang, die aktivsten, hasserfülltesten Kräfte dieser Gruppierung aus dem Schwerpunktterritorium zu entfernen.“

Literatur

1. Henning Pietzsch: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970–1989. Reihe: Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, Bd. 5, Köln 2005.
2. Freya Klier: Matthias Domaschk und der Jenaer Widerstand. Bürgerbüro e. V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, Berlin 2007.
3. Die junge oppositionelle Szene in Jena, hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., www.jugendopposition.de/145329



Der Fall Matthias Domaschk

Am 12. April 1981 kommt der 23-jährige Matthias Domaschk in der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Gera ums Leben. Zuvor war er am Bahnhof Jüterbog aus einem Zug nach Berlin geholt und mehr als 13 Stunden lang verhört worden. Wer war dieser junge Mann? Und wie konnte es zu diesem Vorfall kommen?

Seit Mitte der 1970er-Jahre zählt Matthias Domaschk zu den engagiertesten Vertretern der Jenaer Oppositionsszene. In seiner WG „Am Rähmen 3“ werden verbotene Texte gelesen, Songtexte abgetippt und das richtige Verhalten bei Stasi-Verhören trainiert. Als 1976 im Zuge der Biermann-Ausbürgerung viele Mitstreiter inhaftiert werden, organisiert er Geldspenden und knüpft Kontakte zu Bürgerrechtlern in Prag und West-Berlin.

Bis heute lässt sich nicht eindeutig klären, was genau in Gera geschah. Laut einem Untersuchungsbericht der Staatssicherheit wurde Domaschk mit seinem Hemd an einem Heizungsrohr erhängt aufgefunden. Als Todesursache wird Selbstmord angegeben. In der Stasi-Akte finden sich zudem eine unterschriebene Verpflichtungserklärung sowie die Verhörprotokolle.

Wie diese Unterlagen zu bewerten sind, bleibt umstritten. Weggefährten wie Walter Schilling, Renate Ellmenreich – Domaschks damalige Freundin – oder der Historiker Henning Pietzsch gehen davon aus, dass die Stasi eine Selbstmordgeschichte konstruierte, um sich nach innen abzusichern. Ein Todesfall, der nie hätte eintreten sollen, musste

gegenüber höheren Dienstseinheiten plausibel erklärt werden. „Die Akte funktioniert als Legende nach innen – aus Angst vor der rabiaten Untersuchungsabteilung“, sagt Schilling. Ein Tod durch Fremdeinwirkung sei möglich.

Der Journalist und Publizist Peter Wensierski, der in seinem 2023 erschienenen Buch „Jena-Paradies“ Domaschks Leben nachzeichnet, hält jedoch auch einen Selbstmord für denkbar. Er betont die extreme Stresssituation: Durch das geschickte Nachfragen des Vernehmers gab Domaschk seine Kontakte nach West-Berlin und Prag preis, sprach über die Vorbereitungskreise der Jungen Gemeinde und über seine grundsätzliche Kritik an der DDR. Ihm musste klar gewesen sein, dass mit seiner Unterschrift unter das Protokoll erhebliche strafrechtliche Konsequenzen drohten. Vermutlich ging er daher tatsächlich eine IM-Verpflichtung ein. Innerhalb weniger Stunden hatte er Freunde verraten, Verbindungen offenbart und sich als inoffizieller Mitarbeiter verpflichtet. Die emotionale Krise, die daraus folgte, könnte nach Wensierski schließlich zum Selbstmord geführt haben.

Ob mit oder ohne physische Fremdeinwirkung: Der Tod von Matthias Domaschk erschütterte die Jenaer Szene nachhaltig. „Wir wussten nun, dass auch der Tod am Ende unserer Auseinandersetzung mit der Diktatur stehen konnte“, erinnert sich Roland Jahn, einer seiner engsten Freunde.

Literatur

1. Peter Wensierski: Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk. Berlin 2023.
2. Henning Pietzsch: Matthias Domaschk – das abrupte Ende eines ungelebten Lebens. In: Deutschland Archiv, 12.6.2023, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/330728/matthias-domaschk-das-abrupte-ende-eines-ungelebten-lebens/>
3. Renate Ellmenreich: Matthias Domaschk. Die Geschichte eines politischen Verbrechens in der DDR und die Schwierigkeiten, dasselbe aufzuklären. Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1996.

Flucht



Weggang in Zahlen

Abwanderung begleitet die DDR seit ihrer Gründung. Nach der Statistik bundesdeutscher Meldeämter verlassen bis 1961 knapp drei, anschließend noch einmal zwei Millionen Menschen den sozialistischen Staat Richtung Westen. Dem stehen schätzungsweise 600.000 deutsche Zuwanderer in die DDR gegenüber – zwei Drittel davon Rückkehrer, die in der Bundesrepublik nicht dauerhaft Fuß fassen konnten.

Fluchtgründe

Angst vor der Geheimpolizei, Konflikte am Arbeitsplatz oder der Wunsch nach Familienzusammenführung: Die Gründe, die DDR zu verlassen, sind vielfältig. In den frühen 1950er Jahren dominieren oft existentielle Nöte: Bauern, die ihren Hof verloren haben, kehren der DDR den Rücken – ebenso Mitglieder der evangelischen Jungen Gemeinde, denen der Zugang zum Abitur verwehrt wird, oder Christ- und Sozialdemokraten, die einer drohenden Verhaftung zuvorkommen wollen.

Seit den 1970er Jahren überwiegt eher der Verdross über politische Bevormundung und fehlende Möglichkeiten der eigenen Lebensgestaltung. Ein allgemeines Krisengefühl, ausgelöst durch die schlechte Versorgungslage, massive Umweltverschmutzung und ein Gefühl der Isolation – etwa beim Reisen oder dem Zugang zu Literatur – weckt bei vielen den Wunsch, im Westen noch einmal neu anzufangen.

Fluchtwege:

**Drittstaaten, Transitstrecken,
Besuchsreisen**

Bis zur Einrichtung einer Sperrzone entlang der innerdeutschen Demarkationslinie im Mai 1952 ist es üblich, die Grenze zu Fuß von einem Dorf zum nächsten zu überqueren. Anschließend führt der Fluchtweg meist über Berlin – im Jahr 1960 gelangen 95 % der Flüchtlinge mit der S-Bahn in den Westen.

Der Bau der Mauer macht schließlich gefährliche Umwege notwendig: Menschen fliehen über die Ostsee, durch Fluchttunnel oder über Drittstaaten wie Jugoslawien. Im Notaufnahmelager Gießen trifft 1984 eine junge Studentin ein, die sich nach einem Praktikumsaufenthalt in Kabul zu Fuß über die Gebirgspässe des Hindukusch nach Pakistan abgesetzt hat.

Immer wieder gelingt auch ein direkter Grenzdurchbruch. Am 29. April 1982 überqueren zum Beispiel drei Männer aus Weferlingen mit einer Planierdrahtsperranlage bei Helmstedt. Trotz ausgelöster Selbstschussanlage erreichen sie unversehrt den Grenzort Grasleben in Niedersachsen. Noch am selben Tag durchlaufen sie die Notaufnahme in Gießen.

Ab Mitte der 1970er Jahre beginnen organisierte Fluchthelfer, Menschen in präparierten LKWs und Autos in die Bundesrepublik zu schleusen. Möglich wird das Phänomen der sogenannten „Transitflüchtlinge“ durch das im Juni 1972 in Kraft getretene Transitabkommen, das bestimmte Autobahnen und Landstraßen für den Waren- und Personenverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin festlegt. Auf diesen Transitstrecken sollen Fahrzeuge nur noch in Ausnahmefällen kontrolliert werden. Um einen Missbrauch der Transitwege zu verhindern, beginnt der Verfassungsschutz im Notaufnahmelager Gießen, Geflüchtete zu ihren Fluchtwegen und Helfern zu befragen. Als sich einige geflüchtete Ärzte Ende 1973 über die teils harschen Anhörungen beschwerten, löst das eine große öffentliche Debatte aus.



Schließlich nutzen nicht wenige DDR-Bürger auch Besuchsreisen, um dauerhaft in der Bundesrepublik zu bleiben. Solche Fahrten bei „dringenden Familienangelegenheiten“ – etwa bei Geburten, Sterbefällen oder Hochzeiten – erlaubt das DDR-Innenministerium ab Oktober 1972 im Rahmen eines aufwendigen Antragsverfahrens. Laut Statistik der Staatssicherheit entscheiden sich bis 1989 mehr als 22.000 Personen, bei einer solchen Reise nicht wieder in die DDR zurückzukehren. Um einen Verbleib im Westen zu verhindern, achten die zuständigen Volkspolizeikreisämter genau darauf, dass Ehepartner oder Kinder in der DDR zurückbleiben. Viele Anträge auf Besuchsreisen werden ohne Angaben von Gründen abgelehnt.

Die Staatssicherheit zählt zwischen 1976 und 1989 mehr als 72.800 erfolgreiche Fluchten. Die Zahl der nicht geglückten Fluchtversuche liegt ungleich höher, lässt sich aber nicht genau beziffern. Mindestens 400 Menschen kommen bei Fluchtversuchen ums Leben.

Fluchtbekämpfung

Die SED-Führung reagiert auf die Abwanderung in dreifacher Weise: Zum einen führt sie in regelmäßigen Abständen zeitlich begrenzte Erleichterungen ein. Der am 11. Juni 1953 verkündete „Neue Kurs“ sieht zum Beispiel die Rückgabe von Eigentum an Landwirte, Straffreiheit für Geflüchtete und die Wiederaufnahme relegierter Schülerinnen und Schülern aus christlichen Elternhäusern vor.

Darüber hinaus setzt die DDR-Regierung auf Grenzbefestigungen. Bereits im Mai 1952 lässt sie eine dreistufige Sperrzone entlang der innerdeutschen Grenze errichten. Im Laufe der 1960er Jahre entsteht in diesem Gebiet ein ausgefeiltes Grenzregime mit drei Meter hohen Metallgitterzäunen, Kfz-Sperren, Minenfelder und Selbstschussanlagen. Die Abriegelung der Sektorengrenzen in Berlin ab August 1961 ist ein zentraler Bestandteil dieser Abschottungspolitik.

Schließlich wird jeder Fluchtversuch strafrechtlich verfolgt. Das Passgesetz von September 1954 stellt erstmals das ungenehmigte Verlassen der DDR „nach dem Ausland“ unter Strafe. In der überarbeiteten Fassung vom Dezember 1957 wird der Passus „nach dem Ausland“ gestrichen, so dass nun auch das Verlassen der DDR in Richtung Bundesrepublik strafbar ist. Auch die Vorbereitung einer solchen Handlung gilt fortan als Straftat. Mit dieser Gesetzesverschärfung beginnt die DDR-Regierung, Fluchtvorhaben systematisch zu verfolgen – unter anderem mit Zugkontrollen rund um Berlin.

Im Juli 1968 führt ein neues Strafgesetzbuch den Straftatbestand des „Ungesetzlichen Grenzübertritts“ (§ 213) ein. Danach wird das „widerrechtliche Passieren“ der Staatsgrenze mit bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe geahndet. In „schweren Fällen“ drohen sogar bis zu 5 Jahren Haft. Der im Juni 1979 novellierte Paragraf 213 legt fest, dass ein solcher „schwerer Fall“ bereits bei der „Anwendung gefährlicher Mittel und Methoden“ vorliege, worunter zum Beispiel Steighilfen fallen. Die meisten Gerichte behandeln den „schweren Fall“ mit 5 Jahren Haftstrafe faktisch als Regelfall.

Um die Fluchtbekämpfung zu optimieren, schließt die DDR-Regierung mit befreundeten Staaten Auslieferungsabkommen und geht rigoros gegen Fluchthelfer („staatsfeindlicher Menschenhandel“) vor.



**Ausweis und
Fahrzeugpapiere.**

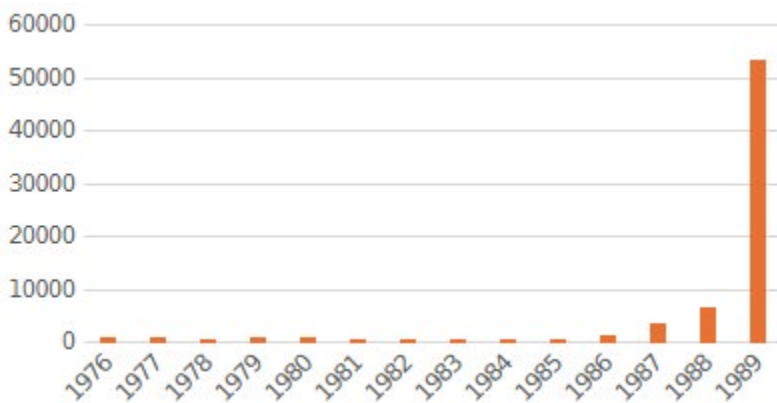


Auswirkungen in Gießen

Jede zugespitzte politische Lage in der DDR macht sich im Notaufnahmelager Gießen unmittelbar durch steigende Zugangszahlen bemerkbar. Besonders überfüllt sind die Unterkünfte in den Jahren 1950, 1952/53, 1955, 1960/61, 1984 und 1989. In den 1950er Jahren dient die Gießener Aufnahmestelle – obwohl formal eigenständig – faktisch als Außenstelle des Notaufnahmelagers Berlin-Marienfelde. Während der Zweiten Berlin-Krise wird sogar eine Luftbrücke von Tempelhof nach Frankfurt am Main eingerichtet, um Flüchtlinge nach Gießen zu bringen. Bis 1960 stellen hier mehr als 439.000 Personen einen Notaufnahmeantrag, gut 243.000 halten sich direkt vor Ort auf.

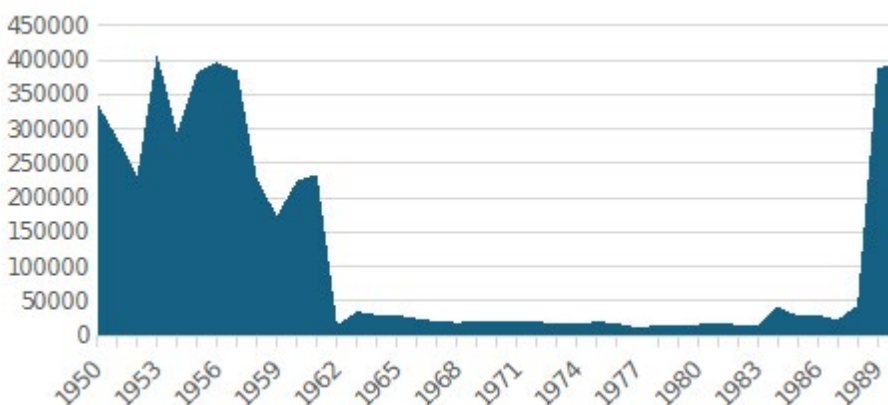
Zeichnet sich eine neue Flüchtlingswelle ab, schaltet die Lagerverwaltung in eine Art Notbetrieb, der sich über die Jahre kaum verändert: Sie erhöht die Belegung der Zimmer, nutzt Kultursaal und Kapelle für Schlafplätze und sucht im gesamten Stadtgebiet nach Notunterkünften. Für die Beschäftigten des Notaufnahmeverfahrens herrscht dann Dienstpflicht an Sonn- und Feiertagen. In der Regel wird auf eine genaue Prüfung der Fluchtgründe verzichtet, Aufnahmeerlaubnisse werden „nach Ermessen“ ausgestellt. Im Herbst 1989 lässt die Bundesregierung sogar 40 provisorische Aufnahmestellen in Bayern und Nordrhein-Westfalen errichten, die von Gießen aus koordiniert und ausgestattet werden.

Erfolgreiche Fluchten 1976 bis 1989



Statistik der ZKG des MfS, in: Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch), Hg. BStU, Berlin 1996, S. 49.

Zuwanderung aus der DDR in die Bundesrepublik



Bettina Effner, Helge Heidemeyer: Die Flucht in Zahlen, in: Dies. (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland, S. 28



Ausreise- antragsteller

Ein neues Phänomen: Ausreise per Antrag

Seit Anfang der 1970er Jahre versuchen immer mehr Menschen, die DDR auf legalem Weg zu verlassen. In formlosen Schreiben beantragen sie eine dauerhafte Ausreise oder eine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft. Dabei berufen sie sich meist auf zwei Dokumente: auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte oder auf die von der DDR unterschriebene Schlussakte der KSZE von 1975. Oft begründen sie ihren Antrag mit bestimmten Fürsorgepflichten für Familienmitglieder in der Bundesrepublik.

Folgen für die Antragsteller

Einen Antrag zu stellen, ist riskant. DDR-Behörden sprechen von „rechtswidrigen Ersuchen“ und stellen klar, dass ein Rechtsanspruch auf individuellen Austritt aus der Staatsbürgerschaft nicht existiert. Sie ordnen Aussprachen an, ziehen Führerscheine und Personalausweise ein und lassen die Antragstellerinnen und Antragsteller über den Bearbeitungsstand bewusst im Unklaren. Kindern von Ausreisewilligen wird nicht selten der Schulabschluss verwehrt.

Wer dennoch auf seinem Antrag besteht, muss sich auf eine zermürbende Wartezeit einstellen. In dieser Phase, die mehrere Jahre andauern kann, verlieren viele ihre berufliche Stellung und müssen Zurückweisungen im Kollegen- und Freundeskreis erleben. Unvermeidlich geraten sie ins Visier der Staatssicherheit.

Die Ausreisebewegung

Dennoch wächst die Zahl der Antragstellerinnen und Antragsteller stetig: über 265.000 zählt die Stasi zwischen 1977 und 1989, darunter viele Fachkräfte und junge Menschen unter 40 Jahren. Diese beginnen sich Anfang der 1980er Jahre zu organisieren: Sie gründen Arbeitsgruppen, sammeln Unterschriften, kennzeichnen ihre Autos mit weißen A-Aufklebern und wagen sich mit Protestaktionen in den öffentlichen Raum, etwa bei Kirchentagen. Es entstehen feste Organisationen wie die AG Menschenrechte in Leipzig oder die Reisegruppe 88 in Berlin-Treptow. Ein weiteres Beispiel ist der Weiße Kreis in Jena, eine Gruppe von Ausreisewilligen, die sich im Sommer 1983 regelmäßig auf dem Platz der Kosmonauten zu einer Schweigeminute versammelt.





Die Reaktion der SED-Führung

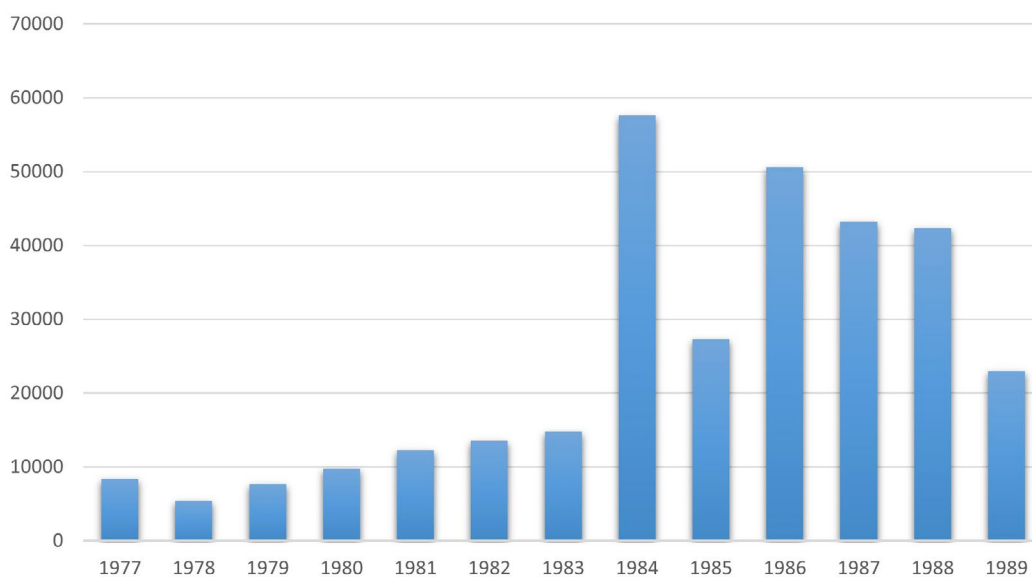
SED-Führung und Staatssicherheit setzen alles daran, die Entstehung einer Ausreisebewegung zu verhindern. Menschen, die wiederholt Anträge stellen, in der Öffentlichkeit protestieren oder Unterstützung in der Bundesrepublik erbitten, werden strafrechtlich verfolgt. Zwischen 1984 und 1989 laufen rund 3.400 Verfahren.

Um potentielle Ruhestörerinnen und Ruhestörer etwa vor Kommunalwahlen loszuwerden, versucht die SED auch eine Art „Ventillösung“: Im Frühjahr 1984 werden zum Beispiel überraschend die

Ausreiseanträge von mehr als 30.000 Personen genehmigt. Das Notaufnahmelager in Gießen ist daraufhin überfüllt. Nur durch ein beschleunigtes Verfahren und viel Improvisation gelingt es, den plötzlichen Andrang zu bewältigen.

Doch weder Härte noch Zugeständnisse können die Entwicklung aufhalten. 1987 liegen bei den staatlichen Behörden bereits mehr als 100.000 Antragschreiben – ein richtiges Massenphänomen entsteht. Es beschleunigt jene politische Krise, die im Herbst 1989 zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führt.

Jährliche Erstanträge für eine ständige Ausreise 1977 bis 1989



Quelle: Statistik der ZKG des MfS, in: Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch), Hg. BStU, Berlin 1996, S. 50

Literatur

1. Renate Hürtgen: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014.
2. Damian van Melis/Henrik Bispinck (Hg.): „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945–1961, Oldenburg 2006.
3. Bernd Eisenfeld: Die zentrale Koordinierungsgruppe Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung. In: Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann (Hrsg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch. Berlin 1996.



Das Not- aufnahmeverfahren

Warum gibt es in der Bundesrepublik ein Notaufnahmeverfahren für Ostdeutsche?

Hintergrund ist die starke Abwanderung von Ostdeutschen ab 1947, die besonders Kommunen in Hessen und Niedersachsen überfordert. Die erste Bundesregierung reagiert auf diese Entwicklung mit einer Regelung, die die Freizügigkeit für Ostdeutsche deutlich einschränkt. Das vom Bundestag verabschiedete Notaufnahmegesetz vom 22. August 1950 sieht vor, dass Übersiedler und Flüchtling aus der DDR eine „besondere Erlaubnis für einen ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet“ beantragen müssen. Für die Bearbeitung dieser Anträge legt das Gesetz zwei Standorte fest: Uelzen in Niedersachsen und Gießen in Hessen. In diesen Notaufnahmelagern prüft eine Bundesbehörde – die Dienststelle für das Notaufnahmeverfahren – die persönlichen Fluchtgründe und Aufenthaltsberechtigung. Mit Hilfe eines bundesweiten Verteilschlüssels sollen die bisherigen Hauptaufnahmeländer Hessen und Niedersachsen entlastet werden.

Wer durfte bleiben?

Wer bei einer Anhörung vor dem Notaufnahmecommissionen eine besondere, nicht selbst verschuldete politische Notlage in der DDR glaubhaft machen kann – etwa durch eine polizeiliche Vorladung oder einen Haftnachweis – erhält in der Regel einen positiven Aufnahmebescheid. Alle übrigen Antragsteller werden in den 1950er Jahren aufgefordert, in ihre Heimatgemeinden zurückzukehren – anfangs werden noch mehr als die Hälfte der Anträge auf Notaufnahme abgelehnt.

Die Abgelehnten gelten als „illegale Grenzgänger“ und müssen unter prekären Bedingungen leben – ohne Anrecht auf Arbeitslosenfürsorge oder staatlichen Wohnraum. Zu Abschiebungen kommt es nicht.

Kritik an der Notaufnahme

Dieses restriktive Vorgehen rechtfertigt die Bundesregierung mit der Sorge vor einem möglichen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Priorität habe die Stabilität des neu gegründeten Weststaates und eine zügige Eingliederung der Heimatvertriebenen. Das Verfahren ist von Beginn an umstritten. Vertreter der Sozialdemokratie und des linksliberalen Lagers fordern wiederholt, die Bundesrepublik müsse allen Deutschen offenstehen – dieser Anspruch ergebe sich aus dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und dem Grundrecht auf Freizügigkeit. Niemand habe das Recht, Deutsche gegen ihren Willen zurückzusenden.



Nun gut. Wir werden uns dazu beraten und uns dann bei Ihnen melden.



Die Ausweitung der Notaufnahme bis 1961

Trotz anhaltender Kritik hält die Bundesregierung an der Notaufnahme fest – auch, um die Kosten der Flüchtlingsversorgung zu begrenzen und einen zentralen Ort für die Befragung von DDR-Bürgern durch westliche Geheimdienste zu schaffen. Mit der Zeit wird die Aufnahmepraxis jedoch großzügiger gestaltet. Ab 1953 können auch Personen im Rahmen der Familienzusammenführung aufgenommen werden. Das Bundesverfassungsgericht verlangt zudem, Personen, die eine ausreichende Lebensgrundlage in der Bundesrepublik nachweisen können, den Zuzug zu ermöglichen. Infolge dieser Änderungen steigt die Aufnahmequote deutlich an. Kurz vor dem Mauerbau 1961 werden nur noch in Ausnahmefällen Anträge abgelehnt – etwa bei überführten Stasi-Agenten, hochrangigen SED-Funktionären, Straftätern nach bundesdeutschem Recht oder ehemaligen NS-Verbrechern.

Das Ende des Aufnahmeverfahrens

Die Hauptaufgabe des Gießener Notaufnahmelaagers, ab 1963 das einzige seiner Art in der Bundesrepublik, besteht ab Mitte der 1960er Jahre in der Registrierung, Beratung und bundesweiten Verteilung von Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR. Bis Juni 1990 durchlaufen etwa 1,27 Millionen Menschen die Gießener Aufnahmeeinrichtung. Einige von ihnen führen das Verfahren schriftlich durch. Mit der Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion als Vorstufe zur Wiedervereinigung wird das Aufnahmeverfahren zum 1. Juli 1990 eingestellt.

Unser [Erklärvideo](#) bietet einen Zugang zum Thema über eine fiktive Ausreiseartragstellerin.



Literatur

1. Jeannette van Laak: Einrichten im Übergang. Das Aufnahmelager Gießen (1946–1990), Frankfurt 2017.
2. Elke Kimmel: Das Notaufnahmeverfahren. In: Deutschland Archiv 38 (2005), Heft 6, S. 1023-1032.
3. Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, Berlin 1994.
4. Arne Hoffrichter: Verwaltung, Politik, Geheimdienste. Das Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm im Prozess der Zuwanderung aus der SBZ und DDR (1945–1961), Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen; Bd. 297, Göttingen 2018.



Gestohlene Kinder?

„Zwangsadoptionen“ in der DDR.

1975 berichtet Der Spiegel über mehrere Fälle, in denen Personen im Strafvollzug dauerhaft von ihren Kindern getrennt worden sein sollen. Jugendbehörden hatten demnach eine Adoption durch linientreue DDR-Bürger veranlasst. Doch wie verbreitet waren solche „Zwangsadoptionen“ in der DDR tatsächlich?

Die Juristin Marie-Luise Warnecke dokumentiert in ihrer Dissertation von 2009 fünf Fälle von Kindeswegnahmen sowie einen weiteren Wegnahmeversuch aus eindeutig politischen Gründen. Sie definiert Kinder als zwangsadoptiert, wenn sie ihren Eltern aufgrund politischer Delikte wie „Republikflucht“, „Staatshetze“ oder „Staatsverleumdung“ entzogen werden, ohne dass ein gegen das Kindeswohl gerichtetes Fehlverhalten der Eltern nachweisbar ist. Warnecke betont, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als die dokumentierten Fälle gab. Gleichzeitig deuten ihre Recherchen darauf hin, dass es sich nicht um eine durchgängige oder weitverbreitete Praxis staatlicher Institutionen handelte. Bislang konnte zudem keine staatliche Anordnung von höchster Stelle – etwa aus dem Ministerium für Volksbildung – zum Kindesentzug aus politischen Gründen nachgewiesen werden.

Das Familiengesetzbuch der DDR von 1966 bestimmt jedoch klar umrissene „sozialistische Erziehungsziele“ und damit implizit auch Kriterien für einen Kindesentzug gegen den Willen der Eltern. Neben der Sicherung elementarer Grundbedürfnisse sollen Eltern ihren Kindern „sozialistischen Patriotismus und Internationalismus“

vermitteln sowie auf die „Einhaltung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens“ achten. Selbst die „enge vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend wird gesetzlich gefordert. Bei „schwerer schuldhafter Verletzung der elterlichen Pflichten“ kann das Erziehungsrecht entzogen werden – eine Formulierung, die sowohl karitative als auch ideologische Kriterien einschließt. Damit bietet das Familiengesetzbuch eine rechtliche Grundlage, auf deren Basis auch bei politischen Straftaten wie „Republikflucht“ oder „staatsfeindlicher Hetze“ ein Eingriff möglich ist.

In welchem Umfang und mit welchen Methoden Kinder tatsächlich aus politischen Gründen dauerhaft von ihren Eltern getrennt wurden, ist bis heute nicht umfassend erforscht. Eine erste Vorstudie des Zentrums für Zeithistorische Forschung schätzt die Zahl der Betroffenen auf „mehrere Hundert“. Um diese Forschungslücke zu schließen, beschloss der Bundestag 2022 eine umfassende Studie unter Federführung des Deutschen Instituts für Heimerziehungsforschung. Die Untersuchung läuft bis Januar 2026. Teil des Projekts ist auch die Einrichtung einer zentralen Auskunft- und Vermittlungsstelle für Eltern und (mögliche) zwangsadoptierte Kinder.

Literatur

1. Marie-Luise Warnecke: Zwangsadoptionen in der DDR. Berlin 2009.
2. Nie wiedersehen. In: Der Spiegel. Heft 51, 15. Dezember 1975, S. 36-38.
3. Dorothea Brummerloh: Die gestohlenen Kinder. Zwangsadoptionen in der DDR
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/zwangsadoptionen-in-der-ddr-die-gestohlenen-kinder-100.html>

Impressum

Ein Spiel des:

Lern- und Erinnerungsorts Notaufnahmelager Gießen
Meisenbornweg 27, 35398 Gießen
Vertreten durch den Geschäftsführer: Florian Greiner



In Zusammenarbeit mit:

Playing History GmbH
Waldemarstraße 28, 10999 Berlin
Herausgegeben: 2026



Spiel

Projektgruppe

Florian Greiner, Nicola Roether,
Linus Maletz, Robert Wolff

Projektleitung

Rüdiger Brandis

Kreative Leitung

Mai Huyên Võ Diệu

Game Konzept

Mai Huyên Võ Diệu, Edwina Schmidt,
Marie Friedrich

Game & Narrative Design

Pierre Schlömp, Mai Huyên Võ Diệu

Programmierung

Jonas André

2D Art

Marie Friedrich, Alexander Roncaldier Edwina
Schmidt, Anna-Lina Schmidt, Mai Huyên Võ Diệu

Animation

Anna-Lina Schmidt

UI Design

Mai Huyên Võ Diệu

Sound Design

Meta Wachlin, Rüdiger Brandis

Produktion

Martin Thiele-Schweiz, Michael Geithner

Sprachaufnahmen

Bartosz Bludau, Christof Putz

Begleitheft

Konzeption und Inhalt

Nicola Roether, unter Mitarbeit von Florian Greiner
und Mark Schiefer

Begleitheftgestaltung

Mai Huyên Võ Diệu, Pierre Schlömp

Gefördert durch



Hessische Landeszentrale
für politische Bildung



Hessisches Ministerium für
Digitalisierung und Innovation



digitales.hessen